

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bekanntungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 18. September. Se. Majestät der König haben Allernädigst
geehrt: Den Prediger Tschabran in Pitschen zum Superintendenten der
Diözes Luckau; so wie den Landrat Rospatt in Neumark zum Landrat des
Kreises Lennep im Regierungsbezirk Düsseldorf zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Moskau, 17. September. Gestern fand die feierliche Eröffnung
der Koslowe Eisenbahn statt. Der Bau wurde allseitig als trefflich
anerkannt. Die Waarenstationen sind überfüllt. Man erwartet im
ersten Betriebsjahr eine tägliche Einnahme von circa 9000 Rubel brutto.

Prenzen und Ostreich.

Aus Ostreich wird dieser Tage eine Thatsache gemeldet, die gewiß
allgemein mit dem größten Befremden aufgenommen worden ist. Die
österreichischen Regimenter, welche die Namen preußischer Prinzen oder Ge-
nereale trugen, legten diese ab und werden künftig nur nach Nummern be-
zeichnet. Diese Thatsache, so wenig glaubhaft sie schien, ist durch das Schwei-
gen der österreichischen Regierung bestätigt. Wenn ein Herzog von Nassau sich
seiner preußischen Militärcharge entkleidet, wenn ein anderer entthronter
Fürst dem Könige Wilhelm seine Orden zurückzieht, so mag das gelten;
denn der Kleine hat nur kleinliche Rache. Aber wenn ein Potentat, wie
der Kaiser von Ostreich, nachdem er eben den Friedensvertrag mit Preu-
ßen ratifizirt hat, einen Racheakt begeht gegen unschuldige Namen, deren
Träger zum größten Theil nicht mehr unter den Lebendigen sind, so
muß man unwillkürlich fragen, was sind das für Rathgeber, welche die
kaiserliche Majestät umgeben? Und bei dieser Frage gerath die Vermuthung
zunächst auf die sächsische Sippschaft, die nichts unterläßt, in Wien den
Haß gegen Preußen zu schüren. König Johann ist übel berathen, wenn
er hofft, der Feindschaft des Kaisers gegen Preußen seine unversehrte
Souveränität anheimgeben zu können. So sehr sich unser Kabinet an-
geleben lassen wird, gute Beziehungen zu Wien zu erhalten, so wird
es doch nicht vergessen, was es seinen Bundesgenossen, was es seinen
Widersachern schuldig ist. Das zeigt sich jedem klar an der Behand-
lung der italienischen Sache einerseits und der sächsischen andererseits.
Kein Zweifel, daß die Zurückweisung der österreichischen Intervention in
den Unterhandlungen mit Sachsen Seitens des Grafen Bismarck eine
ziemlich schroffe war. Ostreich steht nicht zwischen den Parteien, son-
dern auf der Seite seines treuen Bundesgenossen; diese Stellung zeigt
das Ziel seiner Intervention, welche die Prager Abmachung ignorirt,
wonach Preußen sich mit Sachsen allein in über dessen künftiges Verhältnis
zu verständigen hat. Der Prager Friede schließt in seiner Intention
jede Art von Einmischung Ostreichs in die deutschen Bundesangelegen-
heiten aus. Gabe Preußen ihm einen Einfluß auf das Arrangement mit
Sachsen, so könnte es mit gleichem Rechte sich in unseren Unterhandlun-
gen mit Meiningen und Reuß &c. mischen. Hier heißt es also: princi-
piis obsta.

Eine Wiener Korrespondenz enthält die Mittheilung, daß Graf
Trautmannsdorf, der in Berlin persona grata wäre, allerdings zum
dortigen Gefandten designirt war, daß aber in Folge des letzten Depo-
sitionswechsels, der die Regelung der italienischen Schuld betraf, der Ab-
sendung des Grafen Anstand gegeben, man wollte ferner wissen, daß
gleichfalls aus dem Grunde der in Wien herrschenden Verstimmung Frei-
herr v. Gablenz in den Hintergrund gedrängt sei. Die Wiener Abends-
post erklärt zwar jetzt die Nachricht, wonach F. M. L. v. Gablenz mit
seiner Meinung über die künftigen Beziehungen Ostreichs zu Preußen in
so entschiedenem Gegensatz zu den Ansichten der maßgebenden Kreise ge-
traten sei, daß von der Absicht, demselben das Kriegsministerium zu über-
tragen, habe Abstand genommen werden müssen, während er selbst sich
verlaßt gesehen habe, einer unfreiwilligen Beseitigung durch die Bitte um
Versekzung in Disponibilitätsstand zuvorzukommen, für aller Begründung
entbehrend, aber dieses Dementi, wenn es berechtigt ist, erklärt die
vorliegenden Rätsel nur halb. Denn warum säumt das Wiener Kabinet,
seinen Gefandten nach Berlin zu schicken, nachdem es den preußi-
schen empfangen hat, einen Mann des Vertrauens, dem selbst die Wiener
Presse huldigt?

Das preußische Kabinett kann, wie sich von selbst versteht, hier nicht
seinen Launen folgen. Es hat eine moralische Verpflichtung, die Unter-
handlungen Ostreichs mit Italien zum Abschluß bringen zu helfen und
erfüllt darin ein ihm mit dem Kaiser von Frankreich gemeinsames Inter-
esse. Zwischen Ostreich und Italien hat ein widerliches Marken um
ihre gegenseitigen Anteile an der venetianischen Schuld Platz gegriffen,
wie es gar nicht vorauszusehen war. Angeblich sind beide Theile noch
so weit auseinander, daß Ostreich 500 Mill. Ths. fordert, Italien 250
Millionen bietet.

Es wird also notwendig eines Drucks auf beide Theile bedürfen,
um der gespannten Lage ein Ende zu machen, und Louis Napoleon hat
seine Hebel in Florenz, König Wilhelm die seinigen in Wien anzulegen.
Die Nachricht, daß Preußen noch vor wenigen Tagen den Prager Frieden
als in Frage gestellt angesehen habe, ist daher gar nicht zu bezweifeln.
Das Sachverhältnis ist nämlich, wie uns die „N. A. Z.“ lehrt, folgen-
des: Nach Artikel II. dieses Vertrages soll bei Vereinigung des lombardo-
venetianischen Königreichs mit dem Königreich Italien die Liquidirung
derjenigen Schulden, welche als auf den abgetretenen Landesteilen ha-
ben werden anerkannt werden, in Uebereinstimmung mit dem Vorgange
des Trakts von Zürich erfolgen". Bekanntlich aber will Ostreich bei
der von Italien zu übernehmenden Staats-Schulden-Quote das
Verhältnis der Gesamtbevölkerung des Kaiserreichs zu Grunde gelegt
haben. Da nun außerdem nach Art. 3 des Vertrages zwischen Preu-
ßen und Italien bestimmt ist, daß keine der beiden Mächte Frieden oder
Waffenstillstand schließen darf, ohne gegenseitige Einwilligung, so folgt
daraus die Verpflichtung für das Berliner Kabinett, über den Gang der

italienischen Friedensverhandlungen sich genau zu orientiren. Die Sen-
dung des Herrn von Werther als preußischer Gesandter nach Wien hat
mit in dieser Stellung des preußischen Kabinetts zu der italienischen Frage
ihren Grund gehabt. Der Nachricht, daß Preußen jene Erklärung abge-
geben habe, hat das offiziöse Blatt keinen Grund zu widersprechen.

Sonach hätten wir in den nächsten Tagen wichtigen Entscheidungen
von Wien entgegenzusehen, deren Ausfall außer aller Berechnung liegt.
Die Annahme, daß mit der Sendung des Frhns. v. Werther der voll-
ständige diplomatische Verkehr mit Wien wiederhergestellt sei, läßt sich
daher bei dieser Lage der Dinge nicht aufrecht erhalten; vielmehr ist der
Gesandte als der Sachkundigste unserer Diplomaten nur mit einer be-
stimmten Aufgabe nach Wien gegangen, aus der sich aber seine Wieder-
beglaubigung am dortigen Hofe ergeben kann, wenn die italienische Ange-
legenheit zum günstigen Abschluß gelangt, eine Hoffnung, welche wenig-
stens der Pariser „Moniteur“ hegt.

Deutschland.

Preußen. — Berlin, 17. September. [Zu den öst-
reichisch-italienischen Verhandlungen; dänische Agita-
tion; zur Ausstellung.] Der Freiherr v. Werther ist, wie wir
neulich schon mitgetheilt, jetzt also wieder zur Wiederankunft der diplo-
matischen Beziehungen mit Ostreich nach Wien gegangen; daß dies
aber jetzt schon geschehen, hat noch einen andern Grund, nämlich die Ver-
handlungen, welche in Wien wegen Herstellung des Friedens zwischen
Ostreich und Italien gepflogen werden. Art. 2 des Prager Friedens bestimmt,
daß der Modus, wie der auf Italien fallende Theil der Schulden von diesem
Lande übernommen werden solle, den in den Zürcher Frieden aufgenommene
Bestimmungen analog sein sollte; diese Bestimmungen gehen dahin, daß
von der speciell lokalen lombardisch-venetianischen Schuld Italien $\frac{2}{3}$ für den
damals an Italien gefallenen Theil der Lombarden übernahm. Das
Maß der Schulden, welche Italien nun für den Rest des lombardisch-
venetianischen Königreichs übernehmen würde, müßte sich natürlich innerhalb
dieses Verhältnisses halten, und Preußen liegt es nach Artikel 2 des
Prager Friedens ob, danach zu sehen, daß Italien nicht härtere Bedin-
gungen zugemutet werden. Wie es scheint, obwohl wir dies nicht gewiß
behaupten können, will Ostreich einen Theil der allgemeinen Reichsschuld
nach Verhältnis des abgetretenen Gebietes an Italien übertragen, wo-
gegen sich dies natürlich sträßt.

Die dänische Agitation in Nord-Schleswig, welche so mahllos ist,
daß man sogar die sogenannten gemischten Distrikte für Dänemark in
Anspruch nehmen will, scheint zunächst die Folge zu haben, daß sich das
Interesse der Bevölkerung, welche doch für ein ungeheure Zusam-
menbleiben ist, auch zu regen beginnt. Die Adressen, grade aus dem dänisch
redenden Theile, mehren sich mit jedem Tage und ein Telegramm aus
Hadersleben meldet von einer großen Versammlung, welche sehr energisch
für ein Verbleiben bei Preußen plädiert.

△ Hier werden jetzt Konferenzen zwischen den Bevollmächtigten der
Central-Ausstellungskommission und den bessigen Ausstellern abgehalten
und zwar nach den verschiedenen Kategorien gesondert, also z. B. mit den
Seidenwarenhändlern, den Goldarbeitern u. s. w. Es soll nämlich eine
Vereinbarung getroffen werden, damit die äußere Ausstattung eine möglichst
gleichartige werde. Deshalb sind vom Ministerium Zeichnungen angefertigt
worden, um den Ausstellern vorgelegt zu werden; man hofft nämlich, daß sie
die Notwendigkeit einsehen und ihre Zustimmung ertheilen werden. Wenn
die Verstärkung erlangt sein wird, so wird sich der Kommissarius von Sei-
ten des Handelsministeriums nach dem Rhein begeben, weil dort die Industrie
am meisten gefördert und die Provinz Paris so nahe ist, daß deshalb eine
größere Bevölkerung zu erwarten steht. Mit einer Vereinbarung mit der
Industrie der Rheinprovinz glaubt man dann so weit zu sein, daß die andern
Provinzen sich ebenfalls anschließen werden.

— Wie die „N. P. Btg.“ hört, ist zwischen der königlichen Regie-
rung und dem Kurfürsten von Hessen ein Vertrag unterzeichnet
worden, der zunächst die Theilung des ehemaligen kurfürstlichen Hausver-
mögens betrifft. Daß derselbe noch weitere Bestimmungen enthält, wie
über den Eid der kurhessischen Beamten u. s. w. ist nicht zu bezweifeln.

— Der frühere Kurfürst von Hessen hat, gleichwie der Exherzog
von Nassau, die Ehrenstelle, welche er in dem preußischen Heere als
Regimentschef bekleidete, niedergelegt.

— Die verschiedenen Nachrichten über die Verhandlungen mit Sachsen (wird der „Kölner Btg.“ von hier geschrieben) stimmen
darin überein, daß diese Verhandlungen nicht vorwärts rücken, ein Re-
sultat wenigstens bis jetzt nicht erzielt haben. Man will vermuten, daß
Preußen schließlich mehr in der Stellung der sächsischen Armee als in der
Frage der Elb-Befestigungen einige Punkte seiner ursprünglichen Forde-
rungen modifizieren dürfe. Daß Sachsen mit seiner Armee unter allen
Umständen zum mindesten die Bedingungen der übrigen norddeutschen
Bundestruppen wird übernehmen müssen, ist selbstverständlich. Über
das Mehr wird noch unterhandelt. In der Frage der Befestigungen an
den Elb-Uebergängen wird dagegen schwerlich etwas nachgelassen werden.
Man spricht von der Möglichkeit einer Art von Bundesfestung für Nord-
deutschland, deren ausschließliche Besetzung Preußen haben solle, und es
wird dabei sicherlich nicht sein Bewenden haben.

— In dem Befinden des Ministerpräsidenten von Bismarck ist zur Zeit noch keinerlei Besserung eingetreten, so daß derselbe fest an
das Zimmer gebannt ist und eine Beteiligung desselben an den bevor-
stehenden Feierlichkeiten, an deren Entstehungsursachen er doch einen so
hervorragenden Anteil hat, als im höchsten Grade unwahrscheinlich an-
gesehen werden muß.

— Der Abg. Freyzel erklärt, daß die von vielen Zeitungen und
auch von uns gebrachte Nachricht, er beabsichtige an das Ministerium
eine Interpellation wegen der Behandlung der Presse in Ostpreu-
ßen zu richten, vollständig aus der Lust gegriffen ist. Dagegen haben Re-
dakteur und Verleger der „Rheinischen Zeitung“ an das Abgeordneten-
haus eine Petition gerichtet, in der sie die Leiden der Presse schildern und
zu ihrer Heilung wünschen, das Haus möge dahin wirken, daß bei Be-

Zusätze
1 1/2 Sgr. für die fünfgepal-
tete Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

schlagnahme die Privatklage der Beteiligten auf Schadenersatz gestattet,
daß das Gesetz wegen Erhebung des Kompetenzkonfliktes beseitigt und die
Entscheidung der Schuldfrage in politischen und Presoprozessen wieder den
Geschworenen überwiesen werde.

Breslau, 17. September. Nach einer gestern Vormittag aus
Berlin angelangten Mitteilung wird Se. Majestät der König zum
Einzug der Truppen hierher kommen und werden sich nun die bisherigen
Dispositionen für den festlichen Empfang demgemäß ändern. Se. kgl.
Hoheit der Kronprinz reist von Erdmannsdorf dem königlichen Vater,
welcher heut Abend mit dem Schnellzuge von Berlin abfährt, bis Kohlfurt
entgegen, so daß die Ankunft der erlauchten Gäste Dienstag Morgens
6 1/2 Uhr auf dem hiesigen Centralbahnhof erfolgt. Wie verlautet, wer-
den der König und der Kronprinz, begleitet von der Generalität, nachdem
die Begrüßung von Seiten der Breslauer Landstände stattgefunden, vor
Kleinburg sich zu Pferde an die Spitze der rückkehrenden 11. Division
(Breslau) stellen und mit derselben den feierlichen Einzug halten. Die
Vorbereitungen für die feierliche Einholung schreiten rüstig fort. Heute
waren die Straßen bereits außergewöhnlich belebt von Gruppen, welche
die Arrangements besichtigen. An den Monumenten Friedrichs des
Großen, Friedrich Wilhelm III. und Blüchers erheben sich riesige Flag-
genbäume; eine Allee von solchen erstreckt sich die Neue Schweiditzer-
straße entlang über den Lauenzenplatz, die Ehrenpforte und die Tribünen
werden bald vollendet sein. In dem Vorhof des Trinitas-Hospitals wird
eine große Privat-Tribüne erbaut, auch an der Kleinburger Chaussee
wird es an improvisirten Tribünen nicht fehlen. (Bresl. Btg.)

Hannover, 14. September. Der „Hann. Cour.“ schreibt:
Pastor Münnel, bekanntlich einer der Hauptvertreter der strenggläubigen
Richtung in der lutherischen Geistlichkeit des Landes, prüft in seinem
„Zeitblatte“ ebenfalls die Frage wegen Ableistung des Huldigungseides
und gelangt bei seinen Deductionen zu dem Resultate, daß die Ablegung
des fraglichen Eides keine Gewissensverzerrung in sich schließen könne.
Gewährsmänner sind ihm die Professoren Meier und v. Harles. Wir
entnehmen dem Artikel folgenden Passus: „Der Huldigungseid geht vor-
aus, daß der, welchem geschworen wird, das obrigkeitliche Amt habe; denn
nicht ihm persönlich, sondern ihm als Inhaber des Amtes wird gehuldigt.
Hat er dieses Amt nicht mehr, so fällt auch der Eid in sich zusammen.“

Hannover, 14. Sept. Gestern Nachmittag waren die sämtlichen
Mitglieder und Bedientesten des königlichen Hoftheaters im Kon-
zertsaale des Theaters versammelt, wo ihnen durch Herrn v. Pfuel (in
Stellvertretung des Civil-Gouverneurs) eröffnet wurde, daß die königlich
preußische Regierung sie veranlaßt gesehen habe, das Theater nebst Zu-
behör mit Beschlag zu belegen, um dies nicht allein für die Unterhaltung,
sondern namentlich für die Volksbildung wichtigste Kunstinstitut dem Pu-
blikum wieder zugänglich zu machen. Se. Maj. der König von Preußen
übernehme alle von der früheren Theaterverwaltung unter König Georg
eingegangenen Verpflichtungen, und es sei der Allerhöchste Wille, daß das
Theater auf dem bisherigen Fuße als königliches Institut weitergeführt
werde. Sämtliche von den Bühnenmitgliedern geschlossene Kontrakte
bleiben unverändert in Wirksamkeit und die zur Hälfte nicht gezahlten
Gagen sollen vom 1. September an nachbezahlt werden. Darauf stellte
sich den Mitgliedern der Bühne der neue provisorische Direktor Herz
v. Bequignolles mit einer Ansprache vor. Die Bühne wird am Don-
nerstag den 20. September wahrscheinlich mit Beethovens Fidelio eröff-
net werden. (H. C.)

Braunschweig, 16. Septbr. Von Seiten des ehemaligen
hannoverschen Hofs werden neuerdings Anstrengungen gemacht, daß der
Herzog von Braunschweig zu Gunsten des ehemaligen hannoverschen
Thronfolgers abdanke. Man glaubt, der Herzog werde seinen Entschluß
nicht ohne die Zustimmung Preußens fassen, das den Erbheimfall
Braunschweigs beansprucht. In dem Herzogthum selbst ist die überwie-
gende Mehrheit gegen die Errichtung eines neuen kleinen Welfenthrones,
der den nationalen Einheitsbestrebungen nur zum Schaden gereichen würde.

Wien, 14. Sept. Die „Presse“ schreibt: In der aufdämmernden
orientalischen Frage sind die Interessen Ostreichs, Englands und Italiens
dieselben. Eine Verstärkung Russlands und Frankreichs im Orient bedroht
sie mit gleichen Gefahren. Die Festsetzung der Russen in Konstantinopel
würde für den Kaiserstaat nicht verhängnisvoller werden, als die Eroberung
Aegyptens durch die Franzosen für die Weltstellung Englands.“

Die „Presse“ schreibt: „Wir erfahren, daß der Hofrat im Mini-
sterium des Auswärtigen und des kaiserlichen Hauses, Freiherr
v. Depon, nach Miramar abgereist ist, wo sich bekanntlich gegenwärtig
die Kaiserin Charlotte von Mexiko befindet. Es unterliegt kaum einem
Zweifel, daß diese Reise wichtige Unterhandlungen zum Zwecke hat. Von
einer Unterstützung des wankenden mexikanischen Kaiserthones seitens
Ostreichs kann jedoch dabei selbstverständlich um so weniger die Rede sein,
als Ostreich bekanntlich nicht einmal den letzten Freiwilligen-Transport
nach Mexiko abgehen ließ. Wir kennen den Zweck der Reise des Herrn
v. Depon nicht, glauben jedoch bemerk zu müssen, daß unseres Erin-
nerns Herr v. Depon es war, der die Angelegenheiten des kaiserlichen
Hauses betreffenden Unterhandlungen mit dem Erzherzoge Maximilian
vor dessen Abgang nach Mexiko geführt hat.“

In den Ruhestand versetzt sind zwei Feldmarschalllieutenants (Graf
Balffy und Frh. v. Dobrzensky), acht Generalmajors, ein Oberst, ein
Oberstleutnant und drei Majors; in den Ruhestand zurückversetzt sechs
Generalmajors und zwei Majors; zur Disposition gestellt zwei Feldmar-
schalllieutenants (Frh. v. Rasniczky und Frh. v. Gablenz, der letztere auf
„sein Ansuchen“) und vier Generalmajors; siebzehn als Truppen-Bri-
gadiers disponibel gewordene Obersten übernehmen wieder ein Regiments-
Kommando. Gleichzeitig ist verfügt, daß unter Fortzählung ihrer Dienst-
zeit alle Generale und Offiziere mit Bezug von zwei Dritteln ihrer Gage
einen Urlaub bis zu sechs Monaten, mit Verzicht auf ihre ganze Gage
auch einen längeren Urlaub erhalten können, und daß es jedem Offizier

gestattet ist, gegen Absertigung mit einem einjährigen Gagebetrag seine Charge zu quittieren.

Wien, 16. September Abends. Der sächsische Minister von Könneritz ist von einem Schlaganfall getroffen. — Legationsrat Hämerle geht nach Berlin behufs Neorganisierung des österreichischen Gesandtschaftspostens beim norddeutschen Bunde. — Das Gericht von der Abtretung des südtirolischen Rivagebietes ist unbegründet.

Frankreich.

Paris, 15. September. Der Kaiser hat General Castelnau, der schon gestern nach Mexiko abreisen sollte, nach St. Cloud beschieden, und die Abfahrt des betreffenden Postschiffes wird erst am 17. erfolgen. Es handelt sich darum, dem militärisch-politischen Sendling des Staats-Oberhauptes neue Weisungen zu geben. Marschall Randon ist aus Grenoble hierher gerufen worden, und beide begeben sich direkt nach St. Cloud, um mit dem Kaiser sich zu besprechen. Man erzählt, Montholon habe sowohl aus Mexiko wie aus Washington ungünstig lautende Berichte hierher gesandt, und in Folge dieser Berichte wäre man hier entschlossen, die Rückkehr des französischen Expeditions-Korps aus Mexiko, so gut es nur immer gehen mag, zu beschleunigen. Es wird erzählt, daß in dieser Beziehung eine ganz neue Kombination aufs Tapet gebracht und vom Kaiser genehmigt worden sei. Der französische Gesandte in Washington sei auch bereits auf telegraphischem Wege von dem Projekte in Kenntnis gesetzt, mit der Weisung, die amerikanische Regierung darüber auszuholen.

Man bedauert hier, daß die Unterhandlungen zwischen Sachsen und Preußen keinen besseren Fortgang nehmen, und hat Herr v. Seebach einen vertrauten Wink erhalten, wie angenehm es der hiesigen Regierung wäre, die preußisch-sächsische Angelegenheit möglichst rasch geregelt zu sehen. Auch die Verschleppung der österreichisch-italienischen Verhandlungen in Wien sieht man hier nicht gern, was sich sehr wohl erklärt, nachdem bei der ungemütlichen Stimmung, die im Lande noch immer vorherrscht ist, es dem Kaiser lieb sein müsse, daß die schwedenden Fragen baldigt vollzogenen Thatsachen Platz machen. Der Herzog v. Gramont ist angewiesen, Italien in Gemeinschaft mit Herrn v. Werther in seinen Ansprüchen bezüglich der Geldfrage zu unterstützen. Preußen und Frankreich sind darüber einverstanden, daß Italien durch den Prager Frieden berechtigt sei, den von denselben eingenommenen Standpunkt zu behaupten. Menabrea wird übrigens in Wien sehr günstig aufgenommen, und man hält nicht für unmöglich, daß dieser Diplomat als Gesandter beim österreichischen Hofe accredited bleibe. Anderen Berichten zufolge soll der genannte General an der Stelle von Niccolini zum Minister-Präsidenten ernannt werden. Der Kaiser hat heute zwar den Vorsitz im Ministerrathe geführt, soll sich aber nicht so wohl befinden, als während der jüngsten Tage.

— In Bezug auf die gestern im „Moniteur“ enthaltene Note, wonach den Herren Osmon und Triant der Uebertritt in mexikanische Dienste untersagt worden ist, geht den offiziösen Provinzialblättern aus den Präsbereau folgende Note zu: „Man erblickt (in der Konvention vom 30. Juli 1866 und der gestrigen Note) nur den Beweis, daß Frankreich nicht gesonnen ist, irgend welche Solidarität mit den Regierungshandlungen Maximilian's I. einzugehen und daß Frankreich in gleicher Weise bemüht ist, die Interessen der französischen Unterthanen zu wahren und die Expedition zu beendigen.“

— Die beabsichtigte Zusammenkunft der Kaiserin Eugenie und des Königs von Spanien in Sarau soll in Wirklichkeit um deswegen unterblieben sein, weil gewisse, zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstthums von Spanien ausgesonnene und von der Kaiserin Eugenie begünstigte Projekte sich nicht der Zustimmung des Kaisers erfreuten. Marschall Narvaez soll in Biarritz einen Plan vorgelegt haben, welchem zufolge 12,000 Mann aus den Reihen der spanischen Truppen nominell in päpstliche Dienste treten, in Wirklichkeit aber von Spanien befehlt werden sollten, was immerhin einer direkten Intervention gleichkommen wäre.

Paris, 17. September, Morgen. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht das Rundschreiben des interimistischen Ministers des Auswärtigen, Lavalette, vom 16. an die diplomatischen Agenten im Auslande. Das Rundschreiben weist darauf hin, daß die neuerlichen Ver-

änderungen in Europa Frankreich günstig seien. Die Koalition der drei nordischen Höfe, heißt es darin, ist gebrochen. Der neue Grundatz, welcher Europa lenkt, ist die Freiheit der Bündnisse. Preußens Bergroßerei sichert die Unabhängigkeit Deutschlands. „Frankreich hat das Werk der Assimilation, welches sich vollzogen hat, weder zu bekämpfen, noch zu bedauern, sondern dem Nationalitätsprinzip, welches dasselbe in Bezug auf die Völker vertritt und bekannt, die Gefühle der Eifersucht unterzuordnen. Indem Deutschland Frankreich nachahmt, thut dasselbe einen Schritt, welcher es uns näher stellt. Italien, trotz unüberlegter Empfindlichkeiten, hat sich uns gleichermaßen durch seine Ideen, Grundsätze und Interessen genähert. Die September-Konvention, welche die Interessen des päpstlichen Stuhles sichert, wird loyal ausgeführt werden. In der Ostsee und dem Mittelmeere entstehen Marinen zweiten Ranges, welche die Freiheit der Meere sichern. Dafür, von seinen Besorgnissen um Italien und Deutschland befreit, nicht länger geröthigt, seine Kräfte in unfruchtbaren Rivalitäten zu verbrauchen, sondern in den Stand gesetzt, sie im Osten Europas zu konzentrieren, repräsentiert noch heute einen Staat von 35 Millionen Seelen, welchen kein feindliches Interesse von Frankreich trennt. Durch welchen eigenhümlichen Rückschlag der Vergangenheit auf die Zukunft sollte wohl die öffentliche Meinung in den befreiten Nationen nicht Verbündete, sondern Feinde Frankreichs erblicken, Nationen, welche aus einer uns feindlichen Vergangenheit durch Grundsätze, welche die unsrigen sind, zu neuem Leben berufen worden, welche von den Gesinnungen des Fortschritts, die ein friedliches Band für die Gesellschaft bilden, bestellt sind? Ein Europa, welches stärker konstituiert und durch richtigere Gebieteinteilung in sich mehr übereinstimmend ist, ist für den Kontinent eine Burgschaft des Friedens und für unsere Nation weder eine Gefahr noch eine Schädigung.“ Das Rundschreiben erklärt, aus welchen Gründen der Kaiser Recht gehabt habe, die Rolle eines Vermittlers anzunehmen. Der Kaiser würde jedoch seine hohe Verantwortlichkeit verkannt haben, wenn er unter Verlegung der von ihm versprochenen und proklamierten Neutralität sich plötzlich in die Wagnisse eines großen Krieges gestürzt hätte, eines jener Kriege, die den Rachedurst, welcher ganze Nationen gegeneinander wirkt, wieder erwecken. Die Regierung begreift, daß die Annexionen durch die absolute Notwendigkeit geboten sind, mit dem Vaterland Bölkenschäften zu vereinigen, welche Sitten und Nationalgefühl gleich haben. Sie kann territoriale Vergrößerungen, welche ihre mächtige innere Einheit nicht beeinträchtigen, nur wünschen, aber sie muß stets an ihrer moralischen und politischen Vergrößerung arbeiten, indem sie ihren Einfluß den großen Interessen der Civilisation zu Dienst stellt. Die Resultate des letzten Krieges enthalten jedoch eine ernste Lehre: sie weisen auf die Notwendigkeit hin, für die Vertheidigung des Gebiets die militärische Organisation ohne Aufschub zu vervollkommen. Diese Pflicht, welche für Niemanden eine Drohung sein kann, wird die Nation zu erfüllen wissen. Das Rundschreiben betrachtet den politischen Horizont als entwölft von drohenden Eventualitäten und den Frieden als einen dauernden.

Italien.

Florenz, 16. Sept. Generalmajor Thaon di Revel Genova ist zum italienischen Kommissar ernannt worden, um sich mit den Generälen Leboeuf und Möring in Betreff des Kriegsmaterials und der Uebergabe der Festungen zu verständigen. — Man ist hier der Meinung, daß die Mittheilungen der Wiener Blätter über die zukünftigen Gesandten und über kommerzielle Vereinbarungen verfrüht sind.

Griechenland.

— In Athen hat, wie von dort unterm 7. September gemeldet wird, die Nachricht, daß England eine Vereinigung Kreta's mit Griechenland beantragt habe, Enthusiasmus erregt. Laut Nachrichten von Kreta sind dort die aufständischen Griechen mit den türkischen Einwohnern zusammengetragen und letztere zurückgeschlagen worden. Die türkischen Truppen haben sich dabei passiv verhalten.

Bom Landtage.

Herrenhaus.

(10. Sitzung vom 17. September.)

Eröffnung 12 $\frac{1}{4}$ Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Min-

Die Perle und ihre Geschichte.

Von Theodor Wehl.

(Fortsetzung.)

Neueren Zeit sind natürlich die Mittheilungen über die Perlenfischerei viel richtiger und genauer geworden. Viele Schriftsteller haben dieselbe eingehend geschildert. Dr. K. Möbius in seiner Abhandlung über „die echten Perlen“ gibt eine Beschreibung der ganzen Procedur, die er nach Pridham und Cordiner, Herport und Anderen entworfen. Er hat besonders die Brücke bei Aripo im Auge und heißt es in seiner Mittheilung unter Anderem folgendermaßen darüber: „Die Fischerei ist in die Monate März und April verlegt, wo die See am ruhigsten ist. Im November vorher werden die Bänke durch fachverständige Beamte untersucht und nach den Muschelproben der Ort und die Ausdehnung der Fischerei durch die Regierung in Colombo bestimmt und öffentlich in den Zeitungen bekannt gemacht. Die fischwürdigen Stellen werden mit Böjen, d. h. niedrigen Hölzern bezeichnet, auf welchen Flaggen von verschiedenen Farben wehen.“

Aripo ist ein altes Fort, nahe der Mündung des sogenannten Blumengartenflusses, aus welchem die Fischer ihr Trinkwasser holen und der immer noch bei nahe eine Meile entfernt ist. Die ganze Küste ist wüst und öde. Rings umher hat die glühende Sonne Alles versengt; das Gras ist zu Stroh zusammen gedörrt und das Gefüre völlig nackt oder nur mit zusammengeschrumpften Blättern behangen. Weit und breit ist kein Vogel, kein Insekt zu sehen, denn die brennenden Strahlen verziehen oder töten Alles; nirgends ist eine Spur von Schatten, um sich vor jenen zu retten. Ein beständig zitternder Dunst schwebt über dem trockenen Boden und auch die See wirkt wie ein großer Spiegel die erdrückende Hitze im verstärkten Grade zurück. Im heißen Sande erblickt man hier und da wohl auch die gebleichten Gebeine einiger Perlenfischer, die im Angesichte der Schäze, nach denen ihnen gelüstete, ihren Tod entweder durch Verstümmelung durch Seethiere, oder eine heftig austreibende Krankheit gefunden. Ein großes dorisches Gebäude, das von einem englischen Gouverneur errichtet wurde und vom Aufseher der Bänke bewohnt wird, ist der einzige Gegenstand dieser Landschaft, der allereinförmigsten von ganz Ceylon.

„So sieht der Ort aus, wo sich bald, nachdem der Aufzug zur Fischerei ergangen, das Bild eines Gewühles entrollt, wie man es sich unter nicht denken kann. Sobald die Taucherböte ankommen, entstehen schnell lange Reihen von Hütten aus Bambus und Arekapfählen mit Palmenblättern, Reisstroh und buntem Zeug bedeckt, unter denen das Volk schlägt. Händler ziehen herbei und schlagen ihre Lager von groben

Kleidern und irdenen Gefäßen zum Reislochen auf. Auch Abenteurer, Taschenspieler, Tänzerinnen, Musikanter erscheinen, unter denen sich auch wohl mancher Dieb einzuschleichen pflegt. Ein Fuder sucht, so viel er kann, sich zu bereichern und sein Glück zu machen. Auch vornehme Einwohner vom Kontinent lassen sich in vergoldeten Tragesseln unter prachtvollen Sonnenschirmen umhertragen, entweder um sich an dem Treiben zu ergötzen oder weil sie haufenweis die eingefämmten Muscheln kaufen und sehen wollen, was sie etwa darin finden. Das Ganze ist eine Art Badesaison, bei der es an Glückstrütern nicht fehlt und in der der Zufall die Göttin ist, der Alles dient.“

„Es hat Jahre gegeben, in denen 1250 Taucher bei der Perlenfischerei beschäftigt waren. Die Böte gehen in See und aufern dicht bei einem Regierungsboote, von welchem aus mit Tagesanbruch das Signal zum Anfang der Fischerei gegeben wird. Dann begeben sie sich an die abgemarkteten Orte und das Tauchergeräth wird zu beiden Seiten des Bootes an einem Holzgerüste ausgehängt. Auf der einen Seite hängen drei, auf der anderen zwei Steine fünf Fuß ins Wasser hinab. Je nach der Größe der Taucher sind sie 15—25 Pfund schwer und zuckerhutförmig. Das Tau geht durch die Spitze, über welche eine hufeisenförmige Schleife für den Fuß des Tauchers gebildet ist. Manche Taucher tragen noch 4—8 Pfund im Gürtel, um sich besser am Boden halten zu können. Sie sind, bis auf eine baumwollene Binde um die Leibn., ungekleidet. Der rechte Fuß fährt in die Schleife des Steines, der linke drückt das Netz (an einem Seifen von 18 Zoll Durchmesser) an diesen heran, wenn er hinunterschiebt. Sobald er den Boden berührt, verläßt er den Stein, wirft sich nieder und rafft, was er ergreift in das Netz. Ist es voll, so schüttelt er das Tau und bleibt so lange beim Netz, bis es vom Boden aufgehoben ist; dann schwingt er schnell sich Hand über Hand an der Netzecke hinauf, bis er es, nun gerade nach oben fahrend, losläßt, die Arme an die Seiten legt und sich in die belebende Luft schnellt.“

„So stürzen von jedem Boote immer fünf Taucher hinab, denn bei jedem Stein sind zwei, die mit einander abwechseln.“

Wie Schleiden versichert, bleiben sie 40 Sekunden, einzelne besonders gewöhnlich höchstens eine Minute unter dem Wasser. Wellstedt nennt nur einen einzigen Fall, daß ein Taucher 1½ Minuten unter Wasser anhielt, alle höheren Angaben sind Übertreibungen. Die Taucher sind fast immer leidend, besonders an den Augen und erreichen nie ein hohes Alter.

Das Lärmen und Brausen des Auf- und Untertauchens gleicht dem Tosen eines Wasserfalles und ist so stark, daß es die Haifische zu ver-

störtlich Minister Graf Henckel, Graf zu Eulenburg, Regierungskommissionen Dr. Hepte und Wagensei.

Das Haus tritt in die Tagesordnung, nach der zuerst das neu eingetretene Mitglied Herr v. Slaski vereidigt wird.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über das Reichswahlgesetz.

Die Kommission schlägt vor, den vom Abgeordnetenhaus angenommenen Entwurf mit den Änderungen anzunehmen, daß §. 1, welcher lautet: „Zur Verathung der Verfassung und der Einrichtungen des norddeutschen Bundes soll ein Reichstag gewählt werden“, wegfällt und statt §. 17, welcher mit dem Paragraphen der Reichsverfassung von 1849 gleichlautend ist und die Redefreiheit der Abgeordneten garantirt, den betreffenden Artikel 84 der preußischen Verfassung anzunehmen: „Die Mitglieder des Reichstages können für ihre Abstimmung im Reichstage niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb des Reichstages auf Grund der Geschäftssordnung zur Rechenschaft gezogen werden.“

Die Kommission befragt ferner: das Herrenhaus wolle nach Annahme des Gesetzes folgende Resolution beschließen: „die Königliche Staatsregierung aufzufordern, bei Vereinbarung der Verfassung für den norddeutschen Bund Fürsorge zu treffen, die Bedenken, welche die Anwendung des allgemeinen gleichen Stimmrechts zur Bildung der künftigen Bundesvertretung hervorrufen würde, durch eine anderweitige Zusammensetzung derselben zu beseitigen, und in der Beziehung in Betracht zu ziehen, inwiefern dies durch die Wahl von der Hälfte der Abgeordneten durch die höchsten Abgeordnetenhaus ein Staatenhaus, nach Analogie des durch den Verfassungsentwurf vom 26. Mai 1849 §. 86 vorgesehenen, zur Seite gesetzt wird.“

Berichterstatter Dr. Elwanger: Der deutsche Bundestag war mehr der Tummelplatz deutscher Betrügerei als der Sitz deutscher Einheit. Auch Preußens Wirken war nur auf volkswirtschaftlichem Gebiete von Erfolg gekrönt.

Die deutsche Nationalversammlung, das Erfurter Parlament, der von Dafürth verfassene Fürstentag waren ohne Resultat; die Bestrebungen des Nationalvereins, der Turnervereine, der Schützenvereine zerstießen in nichts. Hoff hätte man an die Unmöglichkeit glauben sollen, überhaupt je ein einheitliches Deutschland herstellen zu können. Aber Preußens Beruf hat dies Befürchtet der Zeit vorgebracht, erkennbar für jeden, der fehlt. Gotteshand schützte den großen Staatsmann an der Spitze Preußens vor dem Meuchelmörder, der sich einbildete, daß dieser Minister der großen Aufgabe nicht gewachsen sei. Preußens König zog an der Spitze seiner Heere von Sieg zu Sieg und diktierte an den Thoren Wiens den Frieden, der Dafürth für immer und Deutschiand ausschloß. Die zu Preußens Schaden festgesetzten Bedingungen hinsichtlich der Trennung seines Gebietes haben nun zu Preußens und Deutschlands Segen gereicht. Preußen war nun genötigt, von seinem Rechte, seiner Pflicht gegen sich, gegen Deutschland, Gebrauch zu machen und die eroberten Länder sich einzuerleben. Preußen ist ein Alten ebenbürtiger Großstaat geworden, es hat die Kraft gewonnen, Deutschland zu schützen und die fremde Einwirkung fern zu halten. Nun können wir der weiteren Entwicklung entgegensehen, voll Hoffnung, daß das alte ruhmvolle Reich deutlicher Nation wieder hergestellt wird; doch noch viele Schwierigkeiten sind zu überwinden; der neue Reichstag wird die verschiedenartigsten Elemente in sich enthalten. Hoff, Zwietracht, Münzpräfung werden dort ihre Stelle finden und die Bestrebungen Preußens bekämpfen; aber es wird dies der lebte Kampf der Art sein. Auch von Auswärts vielleicht wird man versuchen, Preußen von seinem Ziele ablenken; Gefahren von allen Seiten umgeben uns, „Toujours en vedette!“ muss auch fernerhin unser Wahlspruch sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die möglicherweise das jetzige Wahlgesetz mit sich führt. Es weist die erste in die dritte. Ein großer Teil der direkten Wähler wird von Anderen in die Hand genommen werden und dem seine Stimme Wahlmann; der, den er bearbeitet, sein Stimmzettel. Die Kommission daher in ihrer Wehrheit der Ansicht gewesen, daß es gar nicht abzusehen sei, zu welchen Wahlen solch ein Gesetz führen werde. Aber all diese Bedenken müssen zur Zeit auf sich beruhen, einerseits, weil die Regierung mit den andern Regierungen des norddeutschen Bundes dies Wahlgesetz vereinbart hat, es auch schwer sein würde, sich über ein Anderes zu verständigen, alle anderen Rückstufen also vor dem höheren Zwecke weichen mussten, sodann, weil ja dies Wahlgesetz nur für diese eine Wahl gelten soll, und für das spätere wirklich konstituierte Parlament auf anderen Grundlagen basirend vereinbart werden muß. Die Kommission fühlte sich aber in ihrem Gewissen gedrungen, diesen ihren Bedenken einen bestimmten Ausdruck zu geben und sie hat dies gethan in der Resolution, die in Obren Hand sich befindet. Trotz dieser Bedenken werden wir weiter gehen auf dem Wege, den die Regierung angebahnt, dem Wege, zu dem so lange ersehnt gelobten Lande der deutschen Freiheit. Hoffen wir, daß es uns gebe wie Moses, dem noch vor seinem Tode vergeblich war, das gelobte Land zu sehen.“

Regierungs-Kommissar Wagner verliest folgende Erklärung: „Meine Herren! Der Herr Ministerpräsident, welcher durch Unwollsein leider verhindert ist, der heutigen Sitzung beizuwöhnen, hat mich ausdrücklich beauftragt, Namens der königlichen Staatsregierung die Erklärung abzugeben, daß sie den größten Werth darauf legen würde, wenn das Büstendekommiss vorliegenden Gesetzen durch Änderungen nicht verzögert würde und daß

scheuchen pflegt. Dennoch kommt es häufig genug vor, daß die Taucher im Rothen Meere von diesem Ungetüm der See zerrissen oder im Bereich Meerbusen von einem Sägeschiff durchschnitten werden. Jeder Taucher läßt sich täglich 40—50 Mal hinunter und schafft 1000—4000 Muscheln herauf; im Durchschnitt kehrt das Boot mit 20—30,000 zurück. Außer den Tauchern ist es mit 10 Helfern, einem Steuermann, einem Jungen und dem Führer, wenn für Rechnung der Regierung gefischt wird, noch außerdem mit einem Soldaten bemannet. Der Taucher wird entweder mit einem Anteil Muscheln oder mit Geld bezahlt.“

Wenn der Seewind einsetzt und das Meer unruhig wird, ruft ein Signalschuss die Böte zurück. Sobald die beladene Flotte auf der Insel in Sicht kommt, werden Flaggen am Ufer aufgehisst und es entwickelt sich plötzlich am Strand ein lärmendes Gewühl. Alles erhebt sich und rennt an die Plätze, an denen die Böte anlegen; überall zeigt sich Bewegung, Neugier und Gewissensfurcht. Man spricht laut seine Erwartung aus, man hofft, man fürchtet; unzählige Wetten werden gemacht.

Während dessen sind die Muscheln ausgeladen; die fälligen Anteile an Tempel, Beamte und Haifischbechwörer werden abgeteilt, die anderen verkauft. Viele ungeduldige Spekulanten öffnen ihren Erwerb sofort, um, wenn ihnen ein glückliches Los gefallen, am andern Tage noch mehr zu wagen. Große Quantitäten überläßt man gewöhnlich in abgeschlossenen Räumen mit schrägem Boden der Hauli, die nach 2—3 Tagen eintritt und einen entsetzlichen Geruch verbreitet, der sich erst verzögert, wenn kräftige Winde über die Küste streifen. Die verfaulten Muscheln werden in Trögen mit Seewasser gewaschen, bis sich die Perlen am Boden ansammeln. In der Regel werden diese sogleich an Ort und Stelle durch neun Sorten von Sieben in neun Größengrade getheilt, verkauft und häufig auch gehobert. Der, welcher sie bohrt, sitzt vor einem hölzernen Becken, in welchem etwas Wasser enthalten ist; auf der einen Seite dieses Beckens sind kleine kugelförmige Ausbuchtungen, je nach dem Größengrade der Perlen. Der Bohrer fasst die Perle mit einer Pinzette, legt sie in die für sie passende Vertiefung, und klopft mit einem Hämmerchen vorsichtig gerade auf die Stelle, welche gehobert werden soll, hat er sie in solcher Gestalt ein wenig lockert gemacht, so setzt er auf diesen Punkt einen Nadelbohrer an und bohrt das Loch, in dem er die Nadel mit der seidenen Sehne eines 3 Fuß langen Bogens hinein und her dreht. Gewöhnlich sitzt eine Menge Arbeiter in einer Reihe und alle diese mit einem solchen langen Bogen in der Hand handhaben zu sehen, gewährt oft einen recht komischen Anblick.“

(Fortsetzung folgt.)

sie dringend wünscht, daß dasselbe so angenommen wird, wie es aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist. Die königliche Staatsregierung erkennt an, daß die Kommission dieses Hauses bei Beratung der Vorlage von den wohlwollenden Intentionen geleitet worden ist und daß sie, wenn noch res integra wäre, ihre Änderungen auch in ihrem Sinne als Verbesserungen betrachten würde. Aber wegen der gegenwärtigen politischen Verhältnisse erscheinen diese Differenzen als sehr untergeordnet und nicht von solchem Gewicht, daß man durch sie das Zustandekommen dieses Gesetzes verhindern und die deutsche und europäische Politik der Regierung dadurch durchkreuzen sollte. Verträge und bloße Militärkonventionen würden nie ausreichen, den Reichstag in seiner nationalen Bedeutung zu ersezgen. Die Regierung glaubt sich namentlich diesem hohen Hause gegenüber der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß es nach wie vor der Leitung der auswärtigen Politik volles Vertrauen entgegenbringen und die Wahl der Mittel und Wege der selben überlassen werde.

Graf Ritterberg: Es ist immer mein Wahlspruch gewesen: „das ganze Deutschland soll es sein.“ Wenn wir nun aber auch nicht gleich dieses unserer Ideal erreichen können, so dürfen wir deshalb nicht dasjenige zurückweisen, was den Anfang zur Realisierung unseres Ideals bildet. Dies wäre weder politisch, noch weise gehandelt, wir würden durch ein solches Verfahren denselben Fehler begehen, der vor 18 Jahren den Grund bildete, daß Alles scheiterte. So wünschenswerth es nur allerdings wäre, daß die süddeutschen Staaten schon jetzt zu einem deutschen Bunde mit hinzugetreten, so hat es doch viel für sich, daß dies noch nicht geschieht. Denn es herrscht dort noch eine sehr große Antipathie gegen den Norden und speziell gegen Preußen. Es ist deshalb nicht gut, daß der Süden durch eine Präfektur jetzt schon in den Bund gezwungen wird. Wenn der norddeutsche Bund sich erst konstituiert und seinen Zweck erreicht hat, dann wird auch die Antipathie des Südens schwunden; die Süddeutschen werden dann an unsere Thür klopfen und wir werden sie gern öffnen. Der vorgeschlagene Wahlmodus, *Kopfzahlwahl*, direkt Wahl mit abei einer Abstimmung, hat allerdings auch bei mir große Bedenken hervorgerufen; ich glaube aber doch, daß wir über diese Bedenken hinweggehen und die Vorlage genehmigen müssen, wie sie vom Abgeordnetenhaus übergekommen ist; denn die Bedenken, welche die Kommission hierin gefunden hat, sind außerordentlich geringfügig gegen das von mir angeführte. Ich wenigstens werde mit Freuden und Dank gegen Gott, gegen unseren siegreichen Kriegsherrn, gegen den verehrten Staatsmann, der sich so große Verdienste um das Vaterland erworben, gegen unser siegreiches Heer, das uns den Weg geebnet zur Erreichung unseres großen Zwecks dafür stimmen. Der Hauptgrund ist der, daß die Staatsregierung wiederholt und heute erst wieder erklärt hat, daß sie auf das Zustandekommen des Gesetzes einen außerordentlichen Werth lege.

(Justizminister Graf zur Lippe tritt ein.)

Die Grundlage, auf denen der norddeutsche Bund gegründet werden soll, sind von unserer Regierung schon vor dem Kriege aufgestellt worden; es würde ihr vielleicht leicht werden, jetzt, wo sie siegreich aus dem Kampfe hervorgegangen ist, den kleinen Staaten gegenüber andere Grundätze aufzustellen; sie will aber Wort halten, und wir, m. P., müssen sie deshalb unterstützen im Halten ihres Wortes; denn „ein Wort, ein Mann“ ist ja immer die Regel dieses Hauses gewesen.

Herr v. Slaski: Meine Herren! Wenn ich gegen die Annahme des Gesetzesvorschlags spreche, so gebe ich davon aus, daß dieses hohe Haus vorzugsweise dazu berufen ist, für die Ständigkeit einzutreten. Wenn auch bei den heutigen Beiträgen die Bestimmungen internationaler Verträge verletzt und Gewalt über das positive Recht gestellt wird, so glaube ich doch, daß das hohe Haus nie und nimmer mehr seine Hand dazu bieten wird, um bloße Thaten an Stelle der ewigen Prinzipien des Rechts zu stellen. Dies würde aber eintreffen, wenn der § 1 des Regierungsentwurfs angenommen würde, wonach zwei Provinzen des preußischen Staates, deren nationale Sonderstellung in der preußischen Monarchie gewährleistet ist, die mit Deutschland nichts gemein haben, zum norddeutschen Bunde geschlagen werden. Ich erlaube mir deshalb, gegen ein solches Verfahren feierlich Protest einzulegen. Redner verliest darauf denselben Protest, den die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses bei der Beratung derselben Gegenstandes überreicht hatte. Der Protest trägt die Unterschrift: „Die Mitglieder des Herrenhauses polnischer Nationalität.“

Herr v. Waldau (zur thatsächlichen Bemerkung): Den Aeußerungen des Herrn Vorredners gegenüber kann ich die Bemerkung nicht zurückhalten, daß eine Person zu vergessen scheint, daß sie preußische Untertanen sind. Sie sind polnische Preußen, aber keine preußischen Polen.

Herr v. Kleist-Resson: Schon der Gedanke an den Reichstag erweckt bei allen Konservativen wegen der Ereignungen von 1848 gerechte Bedenken. Preußen für sich bedarf jetzt eines solchen Bundes nicht, wohl aber die anderen Staaten und zwar schon aus materiellen Gründen. Ich gehöre nicht zu denen, die nur Schlechtes vom alten Bundestage zu sagen wissen; er hat uns Schutz und 50 Jahre Frieden gewährt und ich möchte, nun er tot ist, nicht einen Steinbügel von Bornwürfen auf ihn häufen. Aber nach seinem notwendigen Verfall schwimmen jetzt einzelne Theile als Inseln umher, welche jedem füheren Eroberer preisgegeben sind, der seine Fahne auf ihnen aufschlägt, wenn nicht Preußen sie schützt. Aber Preußen ist berufen, diesen Staaten eine bessere Form zu bieten, und durch die Erklärung, daß der alte Bunde nicht mehr besteht, ist es sogar dazu verpflichtet, hat es sein Wort verpfändet für den Schutz jener Länder.

Auf die Süddeutschen wird die Attraktion bald so stark sein, daß es nur darauf ankommen wird, ob wir geneigt sind, ihnen die Arme zu öffnen. Außerdem ist Deutschland berufen, das friedliche Zusulieben des Katholizismus und Protestantismus zu realisieren. Die letzten Jahrzehnte haben es bewiesen, wie durch die Gerechtigkeit unserer Fürsten dies geschehen ist. Das aber ist gewiß, daß, wenn die Regierung nicht eingedrungen sein sollte der Verpflichtung, die ihr die Geschichte auferlegt, daß Reich Gottes in Deutschland aufrecht zu erhalten, auch dies Bündnis auf Sand gebaut sein und bald in sein Gegenteil umschlagen wird. Eine weitere Lebensbedingung für Preu-

sen ist ein selbstständiges Fürstentum; wenn dieses gefährdet würde, könnten wir Deutschland nicht gewähren, was wir versprochen haben. Deswegen müssen wir an der Selbstständigkeit Preußens in diesem Bunde festhalten und es mit allen seinen Theilen in den Bund bringen. Deswegen ist auch jener vorhin verlesene Protest unbegründet. Das Wahlgesetz selbst erregt bei mir nun allerdings schwere Bedenken, weil es nichts über die Stellung und Kompetenz des Reichstages sagt, und wegen des Wahlmodus. Aber über diese Bedenken steht mich die heute gehörte Erklärung der Regierung hinweg, zumal jene Änderungen nur im Interesse der Regierung vorgeschlagen waren. Der Wahlmodus soll nur dies eine Mal zur Anwendung kommen und die Resultate der Beschlüsse des Reichstages müssen dem preußischen Landtage vorgelegt werden. Deswegen will ich den Wünschen der Regierung nicht entgegentreten, zumal sie bereits Verpflichtungen eingegangen ist. Der Landtag hat nicht das Recht, ein Votum abzugeben, welches sie jetzt binden würde, denn Preußen würde dadurch blosgestellt werden, wenn sie die Verpflichtungen, die sie gegeben hat, nicht würde erfüllen können. Aber unsere Stellung im Prinzip müssen wir wahren, damit die Konservativen im Lande nicht noch mehr verwirrt werden, als sie es schon sind. Deswegen empfiehlt Ihnen die Kommission die vorgeschlagene Resolution, durch welche ja auch die Regierung nicht gebunden wird. Festhalten aber müssen wir stets, daß die Demokratie der wichtigste und gefährlichste Feind Preußens ist; sie ist in Königslust besiegt worden, sie muß wie in unserem Landtage auch im Reichstage besiegt werden.

Während der Rede übernimmt hr. v. Frankenberg das Präsidium. hr. Professor Tellkampf: Der Eintritt des Südens in den Bunde ist jetzt noch nicht möglich, aber es ist wünschenswerth, daß er offen gehalten und die Verfassung des Bundes danach eingerichtet werde. Nach den Grundzügen vom 10. Juni d. J. soll nicht nur ein völkerrechtliches, sondern ein staatsrechtliches Verhältnis geschaffen werden. Das Wesentliche eines solchen Bundes besteht, zur Vermeidung von Konflikten, darin, daß die einzelnen Verbündeten auf diejenigen Souveränitätsrechte verzichten, welche für die Centralgewalt und dem Parlament übertragen; alle übrigen inneren Verhältnisse bleiben den einzelnen Staaten vorbehalten. Wir müssen uns der Hoffnung hingeben, daß die eigenen Interessen des Südens uns bald zuführen werden. Für das Wahlgesetz erkläre ich mich unbedingt, weil es allen Anforderungen entspricht, weil es für gleiche Pflichten, die allgemeine Wehr- und Steuerpflicht, gleiche Rechte gibt.

Herr v. Brünnewitz: Ich halte das allgemeine Wahlrecht als dauernde Staatseinrichtung für ein der menschlichen Natur durchaus widersprechendes Prinzip. Denn es gehört zur Ausübung politischer Rechte sowohl etwas Bildung, — und zwar mehr als man in einer Volksschule lernt, — und dann eine gewisse soziale Selbstständigkeit. Deswegen könnte ich mich nicht dazu verstehen, durch Annahme dieses Gesetzes zum Nutzen des Vaterlandes mitzuwirken, wenn es sich um etwas dauerndes handele; aber als eine nur für einmal geltende Bestimmung halte ich unter den gegebenen Umständen das allgemeine Wahlrecht für eine dem Zweck entsprechende Maßregel. Über ein anderes Prinzip hätte sich bei der bekannten Rienitz der Regierungen schwerlich weder unsere Regierung mit den anderen Regierungen, noch diese Regierungen mit ihren verschiedenen Ständen geeint. Und welches Wahlgesetz hätte man anwenden sollen? Das durfte man doch der Regierung nicht zumutzen, etwa unser schlechtes Wahlgesetz zu empfehlen. Ich kann mir überhaupt kein gutes Wahlgesetz denken, so lange wir nicht eine solide, auf konservativen Grundsätzen ruhende Gemeinde-Ordnung haben. — Bei dem vorliegenden Wahlgesetz misfällt mir am meisten die geheime Abstimmung; denn wer den Muth nicht hat, offen und frei seine Meinung zu äußern, der verdient meiner Meinung nach auch nicht die Gelegenheit dazu. Aber in einigen norddeutschen Staaten, namentlich in Sachsen, wird dies doch sein Gutes haben; und dann giebt es auch in Wahrheit Fälle, wo der Ausdruck vox populi vox dei, so oft er auch falsch angewendet wird, dennoch seine volle Berechtigung hat, und also solchen Fall sehe ich den an, wo es sich darum handelt, einem ganz berechtigten Volksgefühl Ausdruck zu geben. Ein solches Gefühl ist das Streben nach deutscher Einheit. Zu diesem Biele halte ich das norddeutsche Parlament als ersten Schritt, für dieses Parlament das allgemeine Wahlrecht aus angeführten Gründen als zweckmäßig, deswegen glaube ich, daß kleine Änderungen bei diesem Gesetze nicht von Bedeutung sind, und werde deshalb, so gerne ich auch in erster Linie für den Kommissions-Entwurf wäre, nach den heutigen Erklärungen vom Ministertheke her für die Fassung, wie sie aus den Beratungen des anderen Hauses hervorgegangen, meine Stimme abgeben.

Graf Brühl: Dies Haus hat die Eigenschaft, kein demokratisches Institut zu sein; dieses Wahlgesetz ist durchaus demokratisch. Ich werde daher durch die wahrscheinliche Annahme dieses Gesetzes selbst von Seiten meiner politischen Freunde zu ganz eigenthümlichen Betrachtungen gezwungen. Meine politischen Freunde haben mich jedoch dessen enthaben, diesen Tadel auszusprechen, denn ich habe bisher nur Entschuldigungen dafür gehört, daß man dies Gesetz, das wir den schlimmsten Jahren unserer Geschichte, den Jahren 1848 und 49 verdankten, annehmen will. Man sagt, es sei ja nur eine einmalige Wahl. Ja, meine Herren, glauben Sie, daß wenn wir jetzt ja sagen, wir später zu den Folgen dieses Gesetzes werden nein sagen können? Man führt die Vereinbarungen der Regierung mit den andern Regierungen gerade für dies Gesetz an. Aber achtet denn das andere Haus diese Verträge und Versprechungen, und sagt uns nicht demnach die Staatsregierung, wir sollen diese Änderungen annehmen. Glaubt denn die Staatsregierung nicht auch unsere Andeutungen vertreten zu können? Endlich sagt man, man solle der Regierung in diesem Moment nicht die Unterstützung versagen. Ja, auch ich will sie unterstützen, aber auf meine Weise, nicht auf dem, der meiner Ansicht nach, zum Verderben führt. Gebe Gott, daß ich mich irre!

Herr v. Senfft-Bilsach: Wenn ich für das Gesetz stimmen werde, so glaube ich doch nicht, daß ich trotz der Meinung des Herrn Grafen Brühl dadurch in den Verdacht eines Demokraten komme, oder daß mir die Absicht zugeschrieben wird, mich in einen Abgrund stürzen zu wollen. — Der Grund, weshalb ich dafür stimme, liegt in unserer eigenthümlichen politischen Lage

aus der Erde, halb wie aus der Luft kommt. Es ist, als wären Geister erwacht und als trieben diese nun an allen Ecken und Enden ihr Spiel.

Dass dies ein etwas kurioser Zustand ist, wird man begreifen. Alles ist aufgescheucht. Alles agiert und setzt; seit 1848 ist man in Dresden nicht in solcher Bewegung gewesen, und diese Bewegung nimmt täglich zu. Die Polen, die Russen, die Engländer haben beim Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Preußen und Russland, d. h. beim Einrücken der Letzteren, die Stadt massenweise verlassen. Es gab gewisse Straßenviertel, wo fast vor jedem Hause gepackte Reisewagen standen, oder mit Gefäß gefüllte Träger. Es war eine wahre Emigration der Fremden, deren Zahl im Durchschnitt auf 60,000 angenommen wird und wovon nicht ein Drittel geblieben.

Dieser Ausfall hat Dresden schwer betroffen und wirkte ihm das Aussehen der Verödung ab, wenn es in diesem Augenblick nicht von preußischen Truppeneinheiten und Einquartirung wimmelte. Manche Familie kommt um ihren ganzen Erwerb, da der selbe zum Haupttheil aus dem Vermieten möblierter Wohnungen besteht. Im sogenannten englischen Viertel, in der Ostra-Allee, in der Ammon- und Falkenstraße, auf den Straßen außerhalb der Stadt, wo jetzt die prachtvollen Häuser und Villen stehen, sind in den meisten die Hälfte der Fenster öde, und die Mauern mit Mietzetteln bedeckt.

So etwas ist man in Dresden nicht gewohnt. Dresden ist so zu sagen auf die Fremden angewiesen, es lebt von ihnen; es kann für ein Hotel Europa's, für Board and Lodging der Touristen, für das Bavar, das Riva des Nordens angesehen werden. Wenn solche Städte leer werden und verlösen, sind sie verloren. Man wird sich deswegen auch leicht vorstellen können, welchen Schrecken den Dresdnern der Schanzenbau und die Befestigung ihrer Stadt in die Glieder gejagt hat. Dresden zur Festung machen, heißt es in Mauern erdrosseln, heißt, seine Naturschönheiten in ewigen Belagerungszaun erklären.

Es ist hauptsächlich russischer Einfluß gewesen, der nach 1813 Dresden aus seinen Wällen herausgeschält und in die Arme einer glücklichen Freiheit geführt hat. Sollte nun das intelligente Preußen es wieder in seinen ehemals Harnisch zurück zwingen wollen?

Diese Frage liegt schwer auf dem Herzen der Bevölkerung, die sonst bis an die Obrer im Frieden saß und jetzt, wo alle Welt dessen Segnungen wiedert zu empfinden beginnt, aus dem Trubel der Aufregung nicht herauskommt. Was steht mit dieser Frage aber nicht auch Alles in Zusammenhang? Nicht die Zukunft der Stadt allein, die Zukunft des ganzen Landes, die noch unausgefliest in geheimnisvolles Dunkel gehüllt liegt. Wird die Preußen sich oder schlagen auf und zu; die Treppe der kleinstädtischen Behabigkeit knallen, als ob Gewerken auf ihnen herumgingen.

Das scheint nun allerdings aufzuhören zu sollen. Es ist etwas wie eine politische Windbraut über Dresden hereingegangen. Es faucht und heult in allen Winkeln; die alten Weiterschauen vergangener Tage werden laut und hin gerissen; die Fensterladen, die Haustüren der Pfahlhäuser schlagen auf und zu; die Treppe der kleinstädtischen Behabigkeit knallen, als ob Gewerken auf ihnen herumgingen.

Das Dresden an einen bedeutenden Wendepunkt seiner Existenz gelangt, wird nicht zu läugnen geben. Der deutsche Krieg hat seine Wogen darüber hin gejagt und ein Stück Historie angelächelt, das nun ein seltsames Rumoren macht. Die Ruhe und Geräuschlosigkeit von ehedem hat jedenfalls aufgehört; man vernimmt überall ein sonderbares Gepolter,

Das ganze Gesetz ist aus diplomatischen Verträgen hervorgegangen und aus diplomatischen Gründen empfohlen worden. Dazu kommt, daß Niemand in ganz Preußen durch das Gesetz irgend ein Recht entzogen oder eine Verpflichtung auferlegt wird. Die Staatsregierung hatte deshalb nicht einmal die Pflicht, die Zustimmung der Landesvertretung dazu einzuholen, sondern konnte es im Wege der Verordnung erlassen, und Niemand hätte damals das Recht gehabt, sich darüber zu beschweren. Das sie uns das Gesetz dennoch vorlegte, war lediglich eine politische Artigkeit, eine Kourtoisie. Der Inhalt des Gesetzes tangiert uns also nicht weiter, die Form aber ist mehr Nebensache. Hiegen habe ich allerdings auch manche Bedenken. Ich halte es z. B. nicht für gerecht, billig und vernunftgemäß, daßemand, der nur einen Thaler Steuern zahlt, so viel mitzusprechen haben soll, wie ein anderer, der 1000 Thaler zahlt; ich halte es nicht für angemessen, daß ein Arbeitermann so viele Stimme haben soll, wie der Arbeitsgeber, der ihn beschäftigt, halte ich für Unrecht; ich sehe aber aus den obenangegebenen Gründen von allem ab, und werde für das Gesetz stimmen, wie es aus dem Abgeordnetenhaus zu uns gekommen ist.

Präsident Stolberg übernimmt den Vorsitz wieder.

Graf Ohlendorf: Meine Herren, ich bin der ganz entgegengesetzten Ansicht des Herrn Vorredners, indem ich glaube, daß die Regierung wohl die Verpflichtung hatte, dem Landtage das uns vorliegende Gesetz vorzulegen. Denn an die Wahlurne können wir nur treten in Folge eines Gesetzes, und in Preußen ist nur das Gesetz, was durch die Übereinstimmung der drei Faktoren des gegebenden Gewalt entstanden ist. Ich hätte aber geglaubt, daß der Herr Vorredner sich auf eine andere Möglichkeit stützen würde. Denn ich bin allerdings sehr zweifelhaft, ob die Regierung nicht das Recht hatte, statt des neuen Reichstages den alten Reichstag von Erfurt wieder einzuberufen. Ich bin selbst deinen Mitgliedern gemessen, keiner aber Niemanden, der mich bis heute aufgelistet oder geschlossen hätte. — Nun ist es allerdings anders gekommen; wir stehen vor dem Wahlgesetz zu einem neuen Reichstage. — In der ganzen Debatte, die bis jetzt stattgefunden hat, wehte ein Hauch von Misstrauen gegen die neue Schöpfung, und Alle, die erklärten, dafür stimmen zu wollen, haben es für nötig gehalten, wegen dieser ihrer Absicht Entschuldigungen vorzubringen. Ich, meine Herren, brauche dafür keine Entschuldigung. 17 Jahre bereits habe ich diesen Moment erwartet und erwartet und deshalb habe ich auch das vollste Vertrauen zur Sache. Ich frage nicht danach, wem ich es verdanke undfrage nicht nach der Vorwegnahme der Hand, die uns die Vorlage gemacht. Der norddeutsche Bundesstaat ist allerdings noch nicht ganz Deutschland, wovon auch ich gleichzeitig; aber ich habe in den 17 Jahren auch gelernt; ich sehe ein, daß es zur Zeit noch unmöglich ist, und, meine Herren, wenn wir den Thurm auch noch nicht ganz aufbauen können, so müssen wir doch wenigstens die Grundlage legen. Der Bundesstaat wird wachsen, und es wird, das hoffe ich, bald die Zeit kommen, wo man nicht mehr sagen wird: „Das ganze Deutschland soll es sein“, sondern: „Das ganze Deutschland ist es“.

Ich hege also gar kein Misstrauen gegen den vorgeschlagenen Bundesstaat, fürchte auch nicht, daß dadurch das reaktionäre Element gestärkt wird, im Gegenteil hege ich, daß er die liberalen Ideen weiterführen wird.

Ich hätte deshalb eben so gern das Parlament von Anfang an souverän gemacht, glaube aber auch, daß wir so zum Ziele kommen. — Die Bedenken, die jene Herren gegen den Wahlmodus aussprechen, begreife ich nicht; nach meiner Erfahrung kann ich behaupten, daß man seine Hoffnung auf kein Wahlgesetz setzen darf; denn die Stimmung im Volke macht schließlich Alles. — Die vorgeschlagene Resolution aber ist ganz zwecklos. Das Abgeordnetenhaus ist übrigens bei Beratung des Gesetzes der Regierung sehr entgegengekommen und hat im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auf Befreiung verzichtet, die sehr in seinen Wünschen lagen. Thuen Sie dasselbe!

Doch, nun sind der Worte genug; kommen wir endlich zu den Thaten. Ich stelle deshalb den Antrag, das Haus wolle über die Vorlage des Abgeordnetenhauses ohne Spezialdiskussion en bloc abstimmen.

Herr v. Senfft-Bilsach: Der Vorredner hat mich angegriffen; ich konstatiere aber, daß er nicht einen einzigen Grund dafür angebracht hat.

Herr v. Waldbau-Steinbövel: Ich will mein Votum für die Regierungsvorlage nicht entschuldigen, sondern rechtfertigen. Die ganze Vorlage gefällt mir freilich ganz und gar nicht, und wenn sie nur einmal angenommen werden soll, so würde ich den Entwurf der Kommission lieber sehen, als den des Abgeordnetenhauses. Nach den Erklärungen der Regierung jedoch sehe ich mich autorisiert, denkend dafür zu stimmen; denn wir befinden uns in einer Lage, wo ein einheitlicher Wille die Freiheit Preußens und des norddeutschen Bundes leiten muß; und da müssen wir Vertrauen haben, zu dem Genie des Staatsmannes, der uns bisher geführt hat, daß er uns auch zum glücklichen Ende führen wird. Wir dürfen ihn deshalb nicht hindern, sondern müssen ihm überlassen, seinen wohlerlegten Weg zu geben. Deshalb stimme ich für das Gesetz.

Es wird hierauf der Schluss der Generaldiskussion angenommen.

Nef. Dr. Elwanger: Der Protest, welchen wir vorhin gehört haben, ist darauf gegründet, daß die Provinz Böhmen und Westpreußen berechtigt seien, eine staatsrechtliche Sonderstellung einzunehmen; aus dem Befreiungspatent von 1815 läßt sich das auf keine Weise folgern. (Redner verliest den betreffenden Passus des Patents.) Dem Gr. Brühl gebe ich auf seine Behauptung, daß dies Wahlgesetz unbedingt in den Abgrund führe, zu bedenken, daß man die Resultate eines solchen Gesetzes vorher wissen kann. Wenn übrigens die Erklärung, die wir heut von der Ministerbank gehört haben, in der Kommission abgesegnet worden wäre, so hätte diese, meiner festen Überzeugung nach, von ihren Änderungen Abstand genommen.

Graf Bünzli (verlesen): Wir beanspruchen nicht die Rechte des Königreiches Polen, sondern die besondere nationale Stellung, welche durch die Einverleibung in Deutschland vernichtet werden würde. Hrn. v. Waldbau bemerke ich, daß wie es seiner Staatsangehörigkeit nach Preußen, seiner Nationalität nach Deutscher ist, so ich meiner Staatsangehörigkeit nach

sächsisch bleiben können sollte, wie bisher, daran glauben doch nur wenige oder höchstens diejenigen, welche der festen Überzeugung leben, daß das sächsische Heer nächstens in Begleitung einer französischen Armee anpaßt kommen werden, um die Preußen zu vertreiben und alles in die alte Verfassung zu bringen.

Leute mit dieser Überzeugung giebt es allerdings, wie denn hier überhaupt Vorstellungen in den Köpfen der Menschen wutzen, wie man sie nicht eigentlich mehr für möglich halten können sollte. Die Märsche und Ungeheuerlichkeiten, die während des ganzen Krieges hier erzählt werden, sind geradezu Ausgebürtungen eines politischen Röhrerlaubens. Hirngespülte einer kindlich gewordenen Phantasie und geben allen jenen Recht, welche behaupten haben: Dresden sei eine Kleinstadt-Bewahranstalt für politische Unmündigkeit.

Dresden war eben eine Stadt politischen Quietismus geworden. Die Fremden kümmerten sich nicht um das öffentliche Leben und die Einheimischen thaten aus einer gewissen Höflichkeit dasselbe. Sie wollten den Gästen mit ihren eigenen Angelegenheiten nicht lästig fallen; so entstand eine dumpfe Schwere, eine stotzige Lust in der hiesigen Atmosphäre, welche alle Städte durchdrang und der Regierung ihre Sache leicht mache. Um so größer ist nun aber auch die Verwirrung. Dresden ist wie aus dem Häuschen, es tauft mit wieemand, der lange nicht im Freien gewesen und vom frischen Luftauge berauscht wird.

Das macht den Aufenthalt im Augenblick hier so unerquicklich, welche Unerquicklichkeit erst wieder aufzuh

Preuße, meiner Nationalität nach Pole bin. Der Herr scheint uns zu politischen und nationalen Baßarden stempeln zu wollen; als solche aber wären wir erbärmliche Menschen und könnten weder hier noch sonst unsere Pflicht erfüllen.

Hr. v. Waldau. Wenn der Herr Vorredner meine Worte lesen wird, wird er darin nicht die Berechtigung finden zu den Auskünften, die er gemacht hat.

Der Antrag auf Abstimmung en bloc wird angenommen und es erklärt sich die überwiegende Majorität für die Vorlage, wie sie aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist. Dagegen u. A. Gr. Brühl, v. Skalki, Gr. Brünstig. Die Resolution wird darauf mit geringer Majorität angenommen. Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. Septbr. Se. Excellenz der K. General des 5. Armeekorps kehrte heute Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr mit dem Breslauer Zuge in unsere Stadt zurück. Auf dem Bahnhofe hatten sich die Generalität, die Spiken der königlichen Behörden und die Kollegien der Stadt zu seinem Empfange aufgestellt. Nach einer Begrüßung seitens der Generalität trat der Herr Ober-Bürgermeister Geh. Rath Naumann an Se. Excellenz heran und überreichte demselben nach einer Ansprache im Namen der Stadt folgende Adresse:

Excellenz!

Als vor wenigen kurzen Monaten des Königs Majestät die Heeresmacht des Landes an die Grenzen des Staates rief, zogen auch Sie, Excellenz, aus unserer Stadt, um an die Spitze Ihres Korps zu treten, das nunmehr zurückkehrt in seine Friedensstätten.

Nicht ohne Bangen sahen wir Sie, sahen wir das Corps scheiden. Preußen stellte sich einem Feinde gegenüber ebenbürtig durch Ehren und Siege; nur vereinzelt blieben alte Bundesgenossen an seiner Seite; das Ausland neigte sich mehr hin zum Feinde, als zum aufstrebenden beseiteten Preußen.

Ein langer Krieg drohte mit allen Schrecknissen einer möglichen feindlichen Invasion, mit Verheerung und Verarmung in seinem Gefolge; die Segnungen des Friedens, — so schien es, — sollten für lange Zeit im Kriegsgetümmel untergehen.

Bei allem Vertrauen auf die gerechte Sache, die ausgesuchten werden musste, bei aller Zuversicht zum Herrn und seinen Führern: jenes Gefühl des Bangens war kein unberechtigtes.

Aber mit den Erfolgen wuchs das Bangen; es hat sich gewandelt in das erhabende Gefühl der Freude und des Stolzes, — des Stolzes auf das tapfere vaterländische Heer und seine ruhmreichen Führer.

Sieg folgte auf Sieg; in einer großen Schlacht wurde die Flucht des Feindes niedergeworfen, und im Triumphzuge eilten die siegreichen Heere durch Feindesland — im Osten bis hin vor die Kaiserstadt, im Westen — nicht ohne Bekümmernis über die zwingende Notwendigkeit — bis tief in das Herz Deutschlands.

Aber wir schreiben nicht Geschichte; unsere Aufgabe ist allein, dem Hochgefühl Ausdruck zu geben,

mit dem uns der Heldenmuth, die Hingabe bis in den Tod, die nicht hoch genug zu rühmende Mannschaft selbst im Feindelande erfüllt hat,

dem hochgefeierten tapferen Führer des V. Armeekorps, das nach seines Führers Vorbilde sich in allen militärischen Tugenden erprobt hat, und durch Waffenhaten ohne Gleichen den Erfolgen die Bahn brach, die König und Vaterland als Lohn davontragen.

Viele — viele fehren nicht zurück, die hinausgezogen zur blutigen Ernte. Wir betrauern mit Ihnen, Excellenz, die Opfer, die für einen hohen Zweck ihr Herzblut hingeben mussten. Wir betrauern aber ebenso tief Dejenigen, welchen ein mißgünstiges Geschick nicht verstattet hat, sich der Früchte ihrer Thaten zu erfreuen, die einer verheerenden Seuche erlagen. Ehre ihrem Andenken!

Herr General!

In Demuth haben Sie es ausgesprochen, daß Sie Gott die Ehre geben.

Wir würdigen diese Demuth; uns aber geziemt es, zugleich zu ehren und zu preisen den Helden, dem es vergönnt worden, noch in späten Lebenstage sein Haupt mit neuem unverweltlichen Lorbeer zu schmücken.

Ehre und Dank des Landes und unserer Stadt Ihnen hochverehrter Herr General!

Ehre und Dank den tapferen Truppen, die Sie zum Kampf und zum Sieg geführt haben!

Posen, den 18. September 1866.

Der Magistrat und die Stadtverordneten.

(Die Antwort Sr. Excellenz behalten wir uns vor morgen mitzuheilen.) Hierauf fuhr der Gefeierte, gefolgt von den Empfangskommissionen, in die Stadt, wo die Schützengilde, unmittelbar am Berliner Thore aufgestellt, vor dem Heimkehrenden salutirte und die Klänge der Musik erklangen. Nun brach aber auch der Jubel der auf dem Walle, den Dächern, auf der Straße versammelten großen Volksmassen aus, ein Blumenregen begann, so daß der Held buchstäblich mit Blumen überschüttet wurde. Nachdem die Equipage des Generals bis an das Entrée der Ehrenpforte gekommen war, hielt dieselbe an, Se. Excellenz stieg aus und empfing von Fräulein Tschuschke nach einer kurzen Ansprache den ihm auf weißem Atlaskissen dargebrachten Lorbeerfranz. Tief gerührt antwortete der General auf die Anrede. Derselbe ging nun zurück zu den aufgestellten Schulen, an mehrere Kinder Fragen richtend und die ihm dargereichten

Bouquets annehmend. Von der Ehrenpforte aus, die mit der Aufschrift: „Unsern siegreichen, heimkehrenden Kriegern“ und den Namen der Schlachten: Nachod, Skalitz, Schweineköpfchen und Königgrätz geziert ist, fuhr nun der General durch das von den Gewerken und dem Militär gebildete Spalier nach dem Generalkommando, überall mit enthusiastischem Jubel empfangen. Die Berlinerstraße prangt im schönsten Festeschein, das Gebäude des Generalkommandos hat am Eingange eine prachtvolle Zierte durch Siegestrophäen, die unser tapferes Armeekorps erobert hat, erhalten, eingehüllt in Blumen und Kränze. In den Straßen wehen überall Flaggen und Fahnen, viele Häuser sind mit Girlanden dekoriert.

Nach beendigtem Einzuge defilierten die Gewerke und die Schützen vor dem Generalkommando und begaben sich vor die Wohnung unseres verehrten Oberbürgermeisters Naumann, um ihm ein wohlverdientes Hoch auszubringen; derselbe dankte aus dem Fenster und ließ unter Einfallen der beiden Musikkörpe die Stadt Posen leben.

— [Die Truppenparade zu den 8. Armeekorps], welche nach dem ursprünglichen Fahrtableau bereits mit dem vorgestrittenen Tage vollständig unsern Bahnhof passirt haben sollten, dauerten noch den gestrigen Tag hindurch fort, und werden es auch noch heute; für Abend 6 Uhr ist der letzte Zug angesagt.

Die Feierung der großen Truppenmassen hat, wenigstens auf dem bessigen Bahnhofe, keine Zeitversäumniss verursacht; die schon früher erwähnte hier aufgestellte Dampfkutsche hat sich ausgezeichnet benutzt; möchten die einzelnen Bögen auch noch so schnell auf einander folgen, in der kürzesten Zwischenzeit war für den nächstfolgenden Zug die Mobilität bergerichtet. Die Vorbereitungen hierzu waren von unserem Bahnhofs-Restaurateur, Herrn Lange, in der umsichtigsten und umfassendsten Weise getroffen. Allerdings, sowohl von den Truppen selbst, als von der Truppenverpflegungskommission ist Herr Lange die Anerkennung zu Theil geworden, daß die Speisung durchweg nicht nur eine sehr reichliche, sondern auch kräftige und schmackhafte gewesen.

Auch Herr Lange hat, wie Aehnliches von anderen Stationen gemeldet worden, die österreichischen Annexionsgelüste gründlich empfinden müssen; von 300 Blechloßeln sind ihm fünf, von 300 Steingut-Schüsseln — von ungefähr einem Quart Gehalt — circa fünfzig geblieben, auch so manches Bierfeld ist als Andenken mit nach Ostreich gewandert. Wie hätten diese Horden erst gewirtschaftet, wenn wir sie nicht als Gefangene, sondern als Sieger hätten zu sehen und zu fühlen bekommen.

— [Kolonnen einzug.] Von Kurnik kommend, zogen gestern um 1/2 Uhr die 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Munitionskolonne in Posen ein, ein Zug, der über eine halbe Stunde Zeit brauchte, das Realisches Thor zu passiren. Die Mannschaften waren mit Blumen und Kränzen geschmückt. Die Kolonnen zogen durch die gr. Ritter- und Königsstraße zum Königstor wieder aus der Stadt hinaus, um ebenfalls bis Donnerstag auf den umliegenden Dörfern Quartier zu nehmen. Außerdem sind angekommen die 2., 4. und 5. Provinz kolonne, eine Feldbäckereikolonne und ein leichtes Feldzäcketh.

— [Bogheit.] Schon seit mehreren Wochen tauchten vereinzelte Klagen, namentlich unter den Damen auf, daß ihnen auf dem Bahnhofe im Gedränge die Mäntel und Tücher zerschnitten werden; seit wenigen Tagen aber wiederholen sich die Klagen von den verschiedensten Seiten, und der gemeine Kleiderfeind ist vielleicht immer eine und dieselbe Person. Von mehreren Fällen, die wir aufweisen können, erwähnen wir hier nur folgende: Zwei Schwestern wurden an demselben Tage der einen ein Paletot, der andern ein neuer Umhang zerschnitten, und zwar in so geschickter Weise, indem ganze Stücke ausgedrückt sind, daß die betreffenden Kleidungsstücke vollständig unbrauchbar geworden. Einer anderen Dame wurde vor einigen Tagen ein Stück aus einem teuren Shawltheke gezeichnet. Wir haben diese Mitteilungen zur Warnung des Publikums, zur Mahnung an die Beaufsichtigungsbeamten gemacht.

— Die auf Donnerstag den 20. d. M. angesehenen Schwurgerichtsverhandlungen sind wegen den Einzugsfeierlichkeiten verschoben. — [Choler a.] Am 16./17. September c. erkrankten im Civil 5, starb Keiner. Bestand am 17. September c. im Stadt Lazareth 11, im Militärlazareth 16.

— [Bromberg, 14. Sept. Einzugsfeierlichkeiten.] Gestern ist das 61. Regiment, das heute hier Ruhetag gehabt, von der Berliner Chaussee her, eingezogen und wurde an der für das 21. (heute eingerückte) bestimmten Ehrenpforte von dem Oberbürgermeister v. Foller und einigen Magistratsmitgliedern empfangen. Schon gestern waren die Häuser und Straßen festlich geschmückt; aus vielen Fenstern und von den Dächern herab wehenden große preußische Fahnen und Blumensträuße sowie Kränze flogen massenhaft auf die unter den Klängen der Militärmusik (sie spielte das Preußensied) einziehenden Krieger. Auf dem alten Markt hielt der Brigadier, Generalmajor v. Hanneken, eine kurze Anrede an das Regiment etwa mit den Worten: Angefangt unseres großen Königs, wobei er auf das auf dem Markt befindliche Denkmal Friedrichs II. hindeutete, der mit gewaltigem Arm das Land, wo ihr hergekommen seid, sowie auch den Boden, auf dem ihr jetzt stehtet, gedeckt hat, lasst uns unseres jüngsten theuern, erhabenen und großen Königs Wilhelm I. gedenken, der uns in so kurzer Zeit von Sieg zu Sieg geführt. Er lebe hoch! Kräftig stimmten Militär und das zahlreich anwesende Publikum in den Ruf ein. — War nun schon gestern der Enthusiasmus für die heimkehrenden Krieger ein sehr lebhafter, so erreichte er heute bei dem Einzuge unserer Garnison, des 21. Infanterie-Regiments, seinen Höhepunkt. Schon vom frühen Morgen an durchzogen Scharen festlich gekleideter Menschen die Straßen der Stadt, um sich die vielen und teilweise sehr schönen Dekorationen oder dem Militär auf der Berliner Chaussee entgegenzugehen. Von 9 Uhr Morgens ab bewegten sich die verschiedenen Innungen und Gewerbe mit ihren Fahnen, Insignien, zierlichen Modellen und zum Theil unter Bortritt einer Musikkapelle nach ihrem Versammlungsorte in der Berlinerstraße, woselbst sie spätestens aufgestellt wurden. Rechts und links von der Ehrenpforte aus nach der Stadt zu waren Tribünen erbaut, auf deren eine die Mitglieder der städtischen und fgl. Behörden, auf der anderen das Publikum gegen Entrée Plätze nahmen. Die Ehrenpforte war aus Holz gesimmet und reichlich mit Laub und Blumen dekoriert. Auf derselben prangen eine Menge preußischer Fahnen, untermischt mit Waffen, Trommeln und Signalhörnern. Unter einem großen preußischen Adler standen auf einer weißen mit Blumen eingefaßten Fläche die Worte: Willkommen den Siegern! Zu beiden Seiten schwangen Siegesgötter, Lorbeerkränze hielten. Außerdem war an jedem Posten ein großes Landwehrkreuz mit der bekannten Inschrift angebracht. Auf der Beamtentribüne waren vertreten: die königliche Regierung, die Gerichte, die Post, die evangelische wie katholische Geistlichkeit (doch nicht im Ornat), die Lehrer der königlichen und städtischen Schulen u. s. w. Auf der gegenüber befindlichen Tribüne strahlte ein Damensor mit gefüllten Blumenkörben, Bou-

quetts und Kränzen, die für die einziehenden Krieger bestimmt waren. Endlich entstand eine, ich möchte sagen, elektrische Bewegung im Publikum; es krachte ein Böller, und es hieß: „Sie kommen!“ Laufende von Menschen zogen voran und die Generalität mit der Suite wurde an der Ehrenpforte sichtbar. Es war gegen 1 Uhr Mittags. Der Oberbürgermeister v. Foller hielt vor der Ehrenpforte die Anrede an das Regiment, worin er den braven Kriegern Namens der Stadt für ihre bewiesene Tapferkeit und Ausdauer dankte und ihre Hingabe an das Vaterland rühmte. Er endete mit einem kräftigen Hoch auf das 21. Infanterie-Regiment. Der Oberstleutnant v. Krause, Regiments-Kommandeur, dankte seinerseits im Namen des Regiments für den „schönen, prächtigen Empfang“, den die Stadt Bromberg dem Regiment bereitet, und wünschte, wie bisher, dem Heldenkönige Wilhelm I. Er schloß mit einem dreimaligen Hoch auf Bromberg. Nachdem hierauf drei weißgekleidete Jungfrauen, und zwar Fräulein Raumann (Tochter des hiesigen Regierungspräsidenten), Fräulein Kupferer und Fräulein Geßler jede der drei Bataillonsfahnen mit einem Lorbeerzweig geschmückt, setzte sich das Regiment, jedoch nur langsam, wegen der zahllosen Menschenmenge, in Bewegung. Das geschah unter fortwährendem Hurraufen des Publikums, wie der freudig erregten Soldaten, wobei laute Böllerläufe accompagniert. Die beobachtete Reihenfolge des Zuges, der über eine Stunde währt, war folgende: zunächst die Prählsche Musikkapelle, sodann der Magistrat und die Stadtverordneten, die Generalität, die Militärkapelle (das Preußental spielt), das Regiment, die Innungen u. Gewerbe. Aus allen Häusern regnete es förmlich Blumensträuße und Kränze, so daß der Militäzug fast einem wallenden Blumenmeer gleich, so daß jeder Helm mit Blumen und Kränzen geziert war. Auf dem alten Markt wurde Salut gemacht und der Brigadier, Generalmajor v. Hanneken, Majestät den König aus, in das alle Anwesende kräftig und herzlich einstimmt. Demnächst marschierten die Innungen ab, und zwar in folgender Ordnung: Maurer mit einem Bortäxer in weißer Bluse, Bäcker mit einer Riesenprägung, Schmiede, Schlosser, Schuhmacher, Fleischer, in Hemdsärmeln, weißen Schürzen u. c., Tischler mit vielen niedlichen Modellen, z. B. Hobelsäcken, an denen 3 Fuß hohe Figuren fortwährend hielten, Svinden, Schachbrettern u. c. und einem Wappenschild aus Hobelspänen, 40 Geleben von ihnen trugen weiße Blousen, schwarze Kleinkleider und blaue Sammetmützen, die Gesellen aus der Werkstatt der königl. Ostbahn (über 300 Mann mit einer besonderen Kapelle) mit sanfter ausgeschrittenen Mänteln, z. B. Lokomotiven, die Arbeiter aus der Maschinenfabrik der Brüder Wulff, Sattler, Nagelschmiede, Drechsler, Müller und Sachträger. Eine Militär-Abteilung brachte schließlich noch die Fahnen zum Kommandeur und die Feierlichkeit hatte vorläufig bis zum Abend ein Ende. In einigen Straßen, z. B. der Friedrichstraße, waren zahlreiche Girlanden über die Straße hinweggezogen, zum Theil verzerrt mit schönen Blumenkronen oder Kränzen, auch mit vielen patriotischen Inschriften, die auf weißen Leinwandflächen blumenumkränzt angebracht waren, als in der Posener Straße: „Willkommen! Preußen befehlend, überwindlichen Kriegern! Friede den Schlimmernden! Unvergänglich bleiben Eure großen Thaten der Nachwelt!“ Eine andere Inschrift lautete: „Willkommen tapfere Krieger! Ihr Königsgräber Sieger!“ eine andere auf einer Fahne in der Friedrichstraße: „Willkommen tapfere Krieger in Eurer Heimat Kreise! Ihr habt gekämpft, gesiegt nach Eurer Väter Weise!“ An einer Girlande, die von einem Haufe der Friedrichstraße (Kaufmann Kierstorf) nach dem Rathause gezogen war, hing ein großes Tableau mit den Worten: „Gott segne Euren Eingang! Er segne Euren Ausgang!“ Heute Abend ist unsere Stadt illuminiert und die 12 Kompanien haben jede in einem besonderen Volk, darunter eine auch in dem schönen, neu gebauten Saale der Brüder Schlesinger in der Bahnhofstraße, einen Ball, wozu das Diner, welches unsere Stadt dem Offizierkorps des 21. Inf.-Regiments gibt, wird am Sonnabend im Logensaale stattfinden. Heute speiste das Offizierkorps des 21. und 61. Regiments gemeinschaftlich in dem Saale von Moritz's Hotel. Für das 61. Regiment werden übrigens in seinem neuen Garnisonsorte Thorn, wobin es am Sonnabend gelangt, nach dem Theatertor Wochenspalte auch großartige Empfangsfeierlichkeiten vorbereitet. Durch Bromberg passirten, wie ich höre, am 16. d. Mts. das 4. und am 19. d. Mts. das 5. Bataillon des 61. Inf.-Regiments, letzteres mit einem Ruhetag; ferner rückten ein am 25. und am 26. d. Mts. das 4. und 5. Bataillon des 21. Inf.-Regiments.

Angekommene Fremde.

Vom 18. September.

HOTEL DU NORD. Rittergutsbesitzer Graf Czarnecki aus Gogolewo, Graf Bamojski aus Berlin, die Assistenzärzte Lipowski aus Kempen und Babitsche aus Liegnitz.

SCHWARZER ADLER. Die Kaufleute Kutschewicz und Wruck jun. aus Czarnikau, die Gutsbesitzer Förster aus Czerlejno, v. Blotnicki aus Wreschen und Frau Rübke nebst Tochter aus Nadolnik, Oberförster Alkiewicz aus Czernjewo.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Civil-Ingenieur Biebarth aus Wilcza, Gerichts-Assessor Herf aus Neisse, Lieutenant v. Binnow aus Kurnit, Landwirt Wehrt aus Ciesle, Lazareth-Inspektor Krüger aus Ostrom, Fräulein Morgenthal aus Berlin, Oberamtmann Trautmann aus Lindenbisch.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer v. Szczaniecki aus Bogatynia, Gutsbesitzer Schmidt aus Charzecwo, Brennereibesitzer Koch nebst Familie aus Sendzic, Fräulein Emmel aus Kotsen, Rendant Manniak aus Breslau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Premierlieutenant Baron v. Wechmar aus Böhmen, die Rendanten Biemann aus Liebenau und Spiller aus Siegen, Braueigener Feschen aus Dresden, Maurermeister Müller aus Dresen, die Kaufleute Lausch aus Dresden und Luhn aus Nemmersdorf, Assistenten Dr. Kubin aus Liegnitz.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Bradzinski aus Laskow, Hardenack aus Lubowice, v. Stablewski aus Ceraszpol, Leibek aus Stettin, Kaufmann Baum aus Düsseldorf, General-Major v. Wruck aus Posen.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Rentier Kitzewaska nebst Tochter aus Trzebowitz, die Kaufleute Pabst aus Magdeburg, Schöpp aus Neiße, Adler aus Berlin und Biald aus Pschorzheim, Lieutenant v. Wicke aus Mühlisch, Frau Dr. Schernack aus Görlitz.

HOTEL DE BERLIN. Lieutenant Ahlemann aus Protoschin, die Rittergutsbesitzer v. Wedell aus Brody und Hoffmeier aus Blotnitz.

Pferde-Auktion.

Freitag, den 21. d. Mts., Vormittags von 9 Uhr ab, sollen in Folge der Demobilisierung 8 Pferde des unterzeichneten Bataillons gegen gleich hoare Bezahlung an den Meistbietenden hierfür verkauft werden.

Schrimm, den 17. September 1866.

Königliches zweites Bataillon westphälischen Füsilier-Regiments Nr. 37.

Vom Bandwurm heißt gefahrlos in 2 Stunden (auch brieslich) **Dr. Bloch in Wien**, Praterstrasse Nr. 12.

(Beilage.)

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Publicandum.

Zur Veräußerung des früheren, auf 1083 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. abgeschafften Schulgrundstücks Jeryze Nr. 79 an den Meistbietenden im Wege der Licitation steht ein Termin auf den 27. September c. Nachmittags 3 Uhr, im neuen Schulhause zu Jeryze an, zu welchem Kaufstück hiermit eingeladen werden.

Die Tage und die Bedingungen können in der hiesigen Registratur eingesehen werden.

Posen, den 14. September 1866.

Bekanntmachung.

Die vom hiesigen Kreise für das 2. Landwehr-Husarenregiment gestellten Pferde werden nunmehr dem Kreise wieder zurückgegeben.

Zum Verkauf derselben gegen gleich baare Bezahlung steht am

Freitag den 21. September c.

Vormittags 10 Uhr

auf dem Markt hier selbst Termin an, zu wel-

dem ich Kauflustige hiermit einlade.

Schroda, den 21. September 1866.

Der Landrath.

Gläser.

Pferde - Verkauf.

In Folge befahlener Demobilisierung werden am 19. u. 21. und den folgenden Tagen darauf auf den Kanonenplätze täglich von früh 8 Uhr und Nachmittags 2 Uhr ab eine bedeutende Anzahl Bug- und Reitpferde unter den im Verkaufstermine bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend versteigert werden.

Posen, den 16. September 1866.

Das Kommando des Niederschlesischen Feld-Artillerie-Regiments

Nr. 5.

Pferde - Auktion.

Dienstag den 18. d. M. und von da ab
täglich findet gegen gleich baare Bezahlung von
10 Uhr an der Verkauf einer größeren Anzahl, in Folge der Demobilisierung auszu-
richtenden König-Dienstpferde des unterzeich-
neten Bataillons auf der Wallstraße zwischen
dem Königstor und der Bastion Waldersee
Nr. 6. statt.

Posen, den 15. September 1866.

Das Kommando des mobilen Niederschlesischen Train-
Bataillons Nr. 5.

Bekanntmachung.

Höherer Anordnung aufzugehen sollen vom un-

Bekanntmachung.

Das dem Vladislans Ludwig v. Meyer
gehörige Gut Czarnotul A. do Wladys-
lawna Ludwika Meyera należąca, oszacowana sądownie na 37,790 tal. wedle
taksys mogącą być przejrzana wraz z wykazem hipoteczny i warunkami w registratu-
rze, ma być

dnia 29. Grudnia 1866
przed południem o godzinie 11.

w miejscu posiedzeń zwykłych sądowych sprzedawane.

Wierzyteli, którzy względem pretensji realnej, z księgi hipotecznej się niewykazują, zaspokojenia z sumy kupna szukających się z pretensja swoja w sądzie podpisany zgłoszą.

Niewiadomi z pobytu wierzyteli Anna Róża Kunegunda Meyer, na
ostatku w Bydgoszczy, i kupiec Salomon Meyer, niemalnie w Berlinie mieszkający, zapozwają się niniejszem publicznie.

Trzemeszno, dnia 14. Czerwca 1866.
Królewski sąd powiatowy.

Wydział pierwszy.

Berkauf.

Zwei Vorwerke von 22 Hufen neu polni-
schen oder circa 1400 Morgen Magdeburger
Maafes, durchgängig guter Roggen-, zum
Theil auch Weizenboden, insl. 200 Magde-
bogen meisttheils Fluszwiesen, mit circa

100 Stück stehenden, sehr starken Eichen,
nebst 8 Wohn- und Wirtschaftsgebäuden,
in sehr gutem baulichen, theilweise noch ganz

neuem Zustande, zu Groß-Charlupia
gehörig, nahe bei der belebten Kreis-
stadt Sieradz im Königreiche Polen, in

einer sehr holzreichen Gegend, zwischen und
nahe bei zwei frequenten Chausseen gelegen,
welche wegen Reorganisation mit den Bauern

dem Hauptgute entbehrlich geworden sind,
können baldigst entweder behufs Kolonisir-
ung hufenweise, jedoch auf einmal, oder

auch von einem einzelnen Besitzer, für den
soliden Preis von 680 Thalern pro Hufe
Magdeburger Maafes insl. des Werths der

Wohn- und Wirtschafts-Gebäude gekauft
werden. Kaufliebhaber wollen sich wegen
einer Bewirtung unfern tapfern Siegerern

Auf Einzugstage ist dies nicht wohl zu be-
werbstellen, wohl aber am Freitag den 21.
d. M. oder einem der folgenden Tage.

Aufgefordert, die Vermittlung zu überneh-
men, haben die Unterzeichneten bei sich Listen
aufgestellt. Diejenigen Mitbürgen, welche durch

die Liste werden Donnerstag Abend abge-
holt und Sr. Exzellenz dem Herrn Komman-
dant General-Offizienten v. Alvensleben
übergeben werden, welcher sich gütigst bereit

erklärt hat, die Einladungen den Wünschen der
Herrn Gouverneurs entsprechend, bei den Herren
Kommandeuren der betreffenden Truppen zu

vermitteln.

Posen, den 18. September 1866.
Gebüder Andersch, Markt Nr. 50.

Kaufmann Goldenberg, Markt 45.

Kaufm. Kempner, Markt 77.

Kaufm. Moëbius, Breslauerstraße 13.

Kaufm. Caspary, Wilhelmstraße.

Restaurateur Dorn, Markt 31.

Kaufm. Kluza, Breslauerstraße 9.

Kaufm. Birner, Markt 68.

W. F. Meyer, Wilhelmstraße 2.

Jean Lambert, Bäckerstr. 13. (Oden).

Seelig, St. Martin 70.

Brauermeister A. Dugger, Bronkerstr. 15.

Kaufm. F. G. Fraas, Breitestr. 14.

Kaufm. M. Sobek, Breitestr. 24.

Kaufm. M. Kucynski, Breitestr. 18.

Restaurateur Kaplan, Bronkerstr. 4.

Gasthaus - Verkauf.

In einer sehr frequenten, am Strom-

und drei Chausseen belegenen Provinzialstadt

Posens ist ein am Markte, unweit der Kirche

und drei Grundstück, auf welchem seit be-

reits 20 Jahren eine sehr lohnende Gast-

wirtschaft betrieben wird, nebst den dazu

gehörigen Gartenländereien für den Preis

von 3500 Thalern zu verkaufen. Näheres

im Eigenthümer **H. J. Lange**

Neustadt a. d. Warthe.

terzeichneten Truppenteil 20 Mobilmachungs-
Pferde am 24. d. M. in Samter auf dem
Neustädtschen Platz von 10 Uhr Vormittags
ab meistbietend gegen gleich baare Zahlung
öffentlicht versteigert werden, wozu Kauflustige
einladen.

Das Kommando des Fuß.-Bataill.

1. Westpr. Gren.-Regts. Nr. 6.

Bekanntmachung.

Am Montag den 24. September c. Vor-
mittags um 10 Uhr sollen auf dem Neustädtschen
Platz hier selbst die dem Kreise gehörigen
und wieder zurückgegebene Landwehr-
Mobilmachungs-Pferde, auf Rechnung des
Kreises, gegen sofortige Baarzahlung meist-
bietend verkauft werden.

Samter, den 17. September 1866.

Königlicher Landrath.

(gez.) Freiherr v. Massenbach.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Gesellschafts-
vermögen der Handlung **Heliodor Denk & Co.**, sowie über das Privatvermögen der
Theilhaber **Heliodor Denk** und **Theophil**
Theuric zu **Giesen** ist zur Verhandlung
und Beschlussschaffung über einen Aftord ein
Termin auf

den 24. September d. J.

Vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Kommissar in unse-
rem Barthenzimmer anberaumt worden.

Die Beteiligten werden hier vor mit dem
Bemerk in Kenntnis gesetzt, daß alle festge-
stellten oder vorläufig zugelassenen Forderun-
gen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben
weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht,
Vorrecht oder anderes Absonderungsrecht in
Anspruch genommen war, zur Teilnahme an
der Beschlussschaffung über den Aftord berechtigt.

Giesen, den 14. September 1866.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Stavenhagen.

Obwieszczenie.

Włoś Czarnotul A. do Wladys-
lawna Ludwika Meyera należąca, oszacowana sądownie na 37,790 tal. wedle
taksys mogącą być przejrzana wraz z wykazem hipoteczny i warunkami w registratu-
rze, ma być

dnia 29. Grudnia 1866

przed południem o godzinie 11.

w miejscu posiedzeń zwykłych sądowych sprzedawane.

Wierzyteli, którzy względem pretensji realnej, z księgi hipotecznej się niewykazują, zaspokojenia z sumy kupna szukają-

mejach się z pretensja swoja w sądzie podpisany zgłoszą.

Niewiadomi z pobytu wierzyteli Anna Róża Kunegunda Meyer, na
ostatku w Bydgoszczy, i kupiec Salomon Meyer, niemalnie w Berlinie mieszkający,

zapozwają się niniejszem publicznie.

Trzemeszno, dnia 14. Czerwca 1866.

Królewski sąd powiatowy.

Wydział pierwszy.

Berkauf.

Zwei Vorwerke von 22 Hufen neu polni-
schen oder circa 1400 Morgen Magdeburger
Maafes, durchgängig guter Roggen-, zum
Theil auch Weizenboden, insl. 200 Magde-
bogen meisttheils Fluszwiesen, mit circa

100 Stück stehenden, sehr starken Eichen,
nebst 8 Wohn- und Wirtschaftsgebäuden,
in sehr gutem baulichen, theilweise noch ganz

neuem Zustande, zu Groß-Charlupia
gehörig, nahe bei der belebten Kreis-
stadt Sieradz im Königreiche Polen, in

einer sehr holzreichen Gegend, zwischen und
nahe bei zwei frequenten Chausseen gelegen,
welche wegen Reorganisation mit den Bauern

dem Hauptgute entbehrlich geworden sind,
können baldigst entweder behufs Kolonisir-
ung hufenweise, jedoch auf einmal, oder

auch von einem einzelnen Besitzer, für den
soliden Preis von 680 Thalern pro Hufe
Magdeburger Maafes insl. des Werths der

Wohn- und Wirtschafts-Gebäude gekauft
werden. Kaufliebhaber wollen sich wegen
einer Bewirtung unfern tapfern Siegerern

Auf Einzugstage ist dies nicht wohl zu be-
werbstellen, wohl aber am Freitag den 21.
d. M. oder einem der folgenden Tage.

Aufgefordert, die Vermittlung zu überneh-
men, haben die Unterzeichneten bei sich Listen
aufgestellt. Diejenigen Mitbürgen, welche durch

die Liste werden Donnerstag Abend abge-
holt und Sr. Exzellenz dem Herrn Komman-
dant General-Offizienten v. Alvensleben
übergeben werden, welcher sich gütigst bereit

erklärt hat, die Einladungen den Wünschen der
Herrn Gouverneurs entsprechend, bei den Herren
Kommandeuren der betreffenden Truppen zu

vermitteln.

Posen, den 18. September 1866.
Gebüder Andersch, Markt Nr. 50.

Kaufmann Goldenberg, Markt 45.

Kaufm. Kempner, Markt 77.

Kaufm. Moëbius, Breslauerstraße 13.

Kaufm. Caspary, Wilhelmstraße.

Restaurateur Dorn, Markt 31.

Kaufm. Kluza, Breslauerstraße 9.

Kaufm. Birner, Markt 68.

W. F. Meyer, Wilhelmstraße 2.

Jean Lambert, Bäckerstr. 13. (Oden).

Seelig, St. Martin 70.

Brauermeister A. Dugger, Bronkerstr. 15.

Kaufm. F. G. Fraas, Breitestr. 14.

Kaufm. M. Sobek, Breitestr. 24.

